Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagsort ist (21) Oelde

Neue Westfälische Zeitung

Die Anzeigen für die jeweilige Teilausgabe und die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der vierten Seite dieser Zeitung

Nr. 98 Dienstag, den 21. Mai 1946 20 Pfg.

800 Millionen vom Hunger bedroht

Pariser Bilanz
Vertagung auf 15. Juni

Paris, 18. Mai. Nach dreiwöchigen ununterbrochenen Sitzungen haben sich die vier Außenminister Großbritanniens, der USA., der Sowjetunion und Frankreichs am Donnerstagabend nach Festlegung der Einleitung zu den revidierten italienischen Waffenstillstandsbedingungen und vorbereitenden Erörterung der Zukunft Deutschlands auf den 15. Juni vertagt.

Nach Abschluß der Beratungen sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

1. Über die Behandlung der deutschen Fragen herrschen, wie die Abschlußsitzung gezeigt hat, weitgehende Meinungsverschiedenheiten.

Byrnes schlug eine Sonderkonferenz zur Entscheidung der Zukunft Deutschlands für den 12. November vor und forderte sofortige Untersuchung der deutschen Wirtschaftsstruktur.

Bidault verlangte politische Abtretung des Ruhrgebietes, des Rheinlands und des Saargebietes.

Bevin vertrat den britischen Standpunkt, die deutsche Frage solle nicht als Stückwerk, sondern als Ganzes behandelt werden.

Molotow gab keine Definition der russischen Auffassung zur deutschen Frage.

In Anschluß an ihre letzte Sitzung traten alle vier Außenminister zu einer dreiviertelstündigen Besprechung der Ruhrkohlenlieferungen an Frankreich zusammen, in deren Verlauf Bevin dem französischen Außenminister versicherte, daß die Nutzung der Ruhrkohle unter Berücksichtigung der französischen Argumente erneut untersucht werden solle.

2. Über Triest und Venezia Giulia, die beide von Italien wie Jugoslawien beansprucht werden, wurde keine Einigung erzielt.

3. Über die Verwaltung der ehemaligen italienischen Kolonien konnten die vier Außenminister zu keinem Ergebnis kommen.

4. Eine Einigung auf eine italienische Reparationszahlung von 100 Millionen Dollar an die Sowjetunion wurde erzielt.

5. Die vier Außenminister beschlossen, Italien einen kleinen Teil seiner Kriegsmarine zu lassen und den Rest unter die vier Großmächte aufzuteilen.

6. Auf der letzten Sitzung wurden revidierte Waffenstillstandsbedingungen für Italien unterzeichnet, die größere politische und wirtschaftliche Freiheit für die italienische Regierung vorsehen. Über die Räumung Italiens wurde kein Beschluß gefaßt.

7. Die Außenministerkonferenz annullierte den deutsch-italienischen Schiedsspruch von 1940 und beschloß die Rückgabe Siebenbürgens an Rumänien. Die vier Außenminister einigten sich darauf, daß Bulgarien die südliche Dobrudscha und Sowjetrußland Bessarabien und die Nordbukowina — alles ehemals rumänische Gebiete — behält.

8. Ein Übereinkommen über die internationale Schiffahrtskontrolle auf der Donau und deren Nebenflüssen scheiterte am Einspruch Molotows.

9. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Finnland, mit dem die USA. nicht in Kriegszustand waren, wurde der europäischen Friedenskonferenz zur Beratung überwiesen.

Anzeichen für den Termin der allgemeinen europäischen Friedenskonferenz, bei der 21 Staaten vertreten sein werden, lagen beim Abschluß der Pariser Außenministertagung nicht vor.

Kämpfe um Aserbeidschan

Täbris, 19. Mai. Zwischen Truppen der persischen Zentral-Regierung und Streitkräften der Autonomisten von Aserbeidschan sollen, wie Radio Täbris am Sonntagabend um 18.30 Uhr bekanntgab, Kämpfe im Gange sein.

Nach der Meldung des von den Autonomisten kontrollierten Senders hätten die Truppen der Zentralregierung plötzlich am Sonntag um 5 Uhr früh die Streitkräfte Aserbeidschans angegriffen, die Befehl erhalten hatten, sich zu verteidigen.

Teheran, 19. Mai. Weitere Meldungen von Radio Täbris behaupten, daß die Truppen der persischen Zentralregierung von Kurdistan aus Aserbeidschan angreifen.

Neue Kommunistenoffensive in der Mandschurei

Nanking, 19. Mai. Neue Angriffe kommunistischer Streitkräfte auf einer 1600 Kilometer langen Frontlinie von Yangtse Kiang in Zentralchina bis zur mandschurischen Grenze werden am Sonntag in Nanking gemeldet.

In der Provinz Jehol sollen 17 kommunistische Brigaden in Tätigkeit sein. In Osthopei befürchtet man eine Bedrohung von Tientsin, einem wichtigen Hafen Nordchinas. Neben Jehol und Hopei sind die Provinzen Shansi, Schantung und Kiansu wieder Kampfgebiet geworden.

Britischer Pazifik-Plan

Paris, 17. Mai. Gegenüber dem Wunsch der Vereinigten Staaten nach Überlassung britischer Stützpunkte im Pazifik hat Großbritannien einen allgemeinen Verteidigungsplan für das Gebiet des Stillen Ozeans vorgeschlagen, wie der australische Außenminister Herbert Evatt in einem Interview mitteilte.

Der britische Plan, der auch auf der Dominienkonferenz in London gebilligt wurde, sieht die wechselseitige Benutzung der britischen und amerikanischen Stützpunkte im Pazifik vor.

England gibt weitere Weizenmengen

Washington, 18. Mai. Amerika und Großbritannien sind entschlossen, in gemeinsamer Zusammenarbeit alles Menschenmögliche zur Linderung der Ernährungsschwierigkeiten in der Welt zu tun. Das ist der Leitgedanke des Abkommens, das nach Abschluß der Besprechungen zwischen dem Lordpräsidenten des britischen Kronrats, Herbert Morrison, und Präsident Truman sowie andern hohen amerikanischen Staatsmännern zustande gekommen ist.

In dem amtlichen, am Sonnabend gleichzeitig in Washington und London veröffentlichten Bericht über die Ernährungsbesprechungen wird einleitend auf die Feststellung der beiden Regierungen hingewiesen, daß noch „energische Maßnahmen in der ganzen Welt zur vollständigen Beseitigung aller Gefahren von Hungersnöten ergriffen und daß alle Pläne in der Annahme ausgearbeitet werden müßten, daß die Bedrohung durch Hunger mindestens noch bis zur Sommerernte des Jahres 1947 anhalten wird".

„Die beiden Regierungen sind übereingekommen", so heißt es in dem Kommuniqué weiter, „sich in Zukunft wie in der Vergangenheit über die Ergreifung oder auch die Beseitigung irgendwelcher Maßnahmen von größter Tragweite zu beraten, zu denen sie sich verpflichten, um der Hungersnot in der Welt zu steuern. Die Verlautbarung weist dann darauf hin, daß die zur Zeit greifbaren Bestände an Brotgetreide für die Zeit von Mai bis September 1946 sich auf nur zehn Millionen Tonnen stellen, während für die gleiche Zeit ein Bedarf von 13—14 Millionen Tonnen gemeldet sei. Das entspräche einem Defizit von 3—4 Millionen Tonnen oder rund 25%.

Das Kommuniqué betont, daß infolgedessen eine Herabsetzung des allgemeinen Bedarfs unvermeidlich sei. Es wird darauf hingewiesen, daß selbst nach starken Kürzungen schließlich noch mit einem Fehlbetrag in der Welt von etwa 1 Million Tonnen Brotgetreide gerechnet werden müsse.

Einschränkung in England und Amerika

Die großen Einschränkungen Englands als Beitrag zur Linderung der Ernährungsschwierigkeiten in der Welt werden in dem Kommuniqué mit Nachdruck hervorgehoben. Es wird darauf hingewiesen, daß in Großbritannien auch noch nach Kriegsende die Rationen für die Bevölkerung vor allem an Fett, Speck, Fleisch usw. laufend herabgesetzt worden sind.

Nach einem Hinweis auf eine Reihe anderer fühlbarer Einschränkungen in England heißt es in dem Kommuniqué weiter, „Großbritannien hat sich trotz stärkster Einschränkungen bereit erklärt, seine Bedürfnisse auf ein Minimum zu reduzieren und weitere 200 000 Tonnen Weizen für die notleidende Welt abzugeben."

In dem Kommuniqué wird weiter auf die Maßnahmen hingewiesen, die Amerika als Beitrag zur Besserung der Welternährungslage ergriffen hat.

Angestrebter Zonenausgleich

Zu dem bereits gemeldeten Vorschlag, die Lebensmittelrationen in Deutschland einander anzugleichen, heißt es in dem Kommuniqué, „die beiden Regierungen bekräftigen aufs neue ihre Überzeugung, daß hinsichtlich der Erfassung aller Lebensmittel gemeinsame Maßnahmen in allen Zonen Deutschlands, ferner gemeinsame Rationierungssätze und weitere gemeinsame Maßnahmen zur Annahme einer gemeinsamen Grundlage zur Berechnung des Importbedarfs ergriffen werden sollten.

Rundfunkrede Hoovers

Chikago, 18. Mai. Zur Abwendung der schlimmsten Hungerkatastrophe in der Weltgeschichte forderte der frühere amerikanische Präsident Hoover am Freitag das amerikanische Volk in einer Rundfunkrede auf. Es gehe darum, 800 Millionen Menschen zu retten, so erklärte Hoover.

„Der Hunger lauert in den Heimen von einem Drittel der Bevölkerung der ganzen Erde", betonte der frühere amerikanische Präsident. Er betonte, daß trotz niedrigster Veranschlagung der Bedürfnisse der Welt 3,6 Millionen Tonnen Getreide zu wenig für die Versorgung der hungernden Länder vorhanden seien.

Truman nimmt Fühlung mit Stalin

Washington, 18. Mai. Von einer Fühlungnahme mit Stalin in den jetzt in Washington von dem britischen Minister Morrison und den amerikanischen Staatsmännern behandelten Ernährungsproblemen sprach am Donnerstagabend Präsident Truman auf einer Pressekonferenz. Einzelheiten gab der Präsident nicht bekannt. Später werde er wohl mehr darüber zu sagen haben, so fügte Truuan hinzu.

17 Ernährungsminister in Washington

Washington, 19. Mai. Die dringende Notwendigkeit, ein konkretes und langfristiges internationales Programm zur Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse in der Welt auszuarbeiten, betonte der Generaldirektor der internationalen Organisation für Lebensmittelversorgung und Landwirtschaft, Sir John Boyd Orr, am Sonntagabend in Washington.

Der britische Ernährungssachverständige, der über die Aufgaben der internationalen Ernährungskonferenz sprach, die mit der Anwesenheit von 17 Ernährungsministern in Washington eröffnet wird, betonte, daß selbst die günstigste Ernte in diesem Jahr eine Ernährungsplanung auf lange Sicht dringend erforderlich mache.

Der Indienplan
vor dem Unterhaus

London, 16. Mai. Den neuen Indienplan der britischen Regierung, der eine freie indische Union vorsieht, legte Ministerpräsident Attlee am Donnerstag dem Unterhaus vor. Der in einem Weißbuch zusammengefaßte Plan wurde gleichzeitig über Radio Neu-Delhi als gemeinsame Erklärung des Vizekönigs und der britischen Kabinettsmission verbreitet.

Den indischen Mehrheitsparteien werden in dem neuen Indienplan sechs Hauptpunkte vorgeschlagen:

Britisch-Indien und die indischen Staaten sollen eine Union bilden. Außenpolitik, Landesverteidigung und Verkehrswesen sind Sache der Union, die auch Vollmachten auf finanziellem Gebiet erhalten soll.

Die Union soll einen Vollzugsrat und eine gesetzgebende Versammlung aus Vertretern Britisch-Indiens sowie der indischen Staaten erhalten. Fragen der Gesetzgebung, die ganz Indien angehen, sollen in der gesetzgebenden Körperschaft durch Mehrheitsbeschluß entschieden werden. Maßgebend soll die Stimmenmehrheit des ganzen Hauses wie auch innerhalb der beiden großen Parteien (Kongreßpartei und Moslemliga) sein.

Für alle Angelegenheiten, die nicht der Union vorbehalten sind, sollen die Provinzen zuständig sein.

Die indischen Fürstenstaaten behalten alle Zuständigkeiten und Rechte, die nicht an die Union fallen.

Die Provinzen sollen die Möglichkeit des Zusammenschlusses erhalten. Für solche Provinzgruppen sind Vollzugsräte und gesetzgebende Versammlungen vorgesehen, die die gemeinsamen Belange wahrzunehmen haben.

Die Verfassungen der Union und der Provinzgruppen sollen eine Klausel enthalten, wonach jede Provinz zum erstenmal in zehn Jahren und später in zehnjährigen Zwischenräumen eine Revision der Verfassung verlangen kann, wenn ein Mehrheitsbeschluß ihrer gesetzgebenden Körperschaft dafür ist.

Churchill kritisiert

London, 17. Mai. Ein „geschicktes, aber trübseliges Dokument" nannte Churchill den Indienplan, als er in der Unterhausdebatte als Führer der Opposition das Wort ergriff.

Er hoffe im Namen des ganzen Unterhauses zu sprechen, erklärte Churchill, wenn er sage, daß den Indern doch wohl nicht mit britischer Waffengewalt eine von Briten gegebene Verfassung aufgezwungen werden solle, die von den indischen Hauptparteien abgelehnt werde.

Übergangsregierung für Indien

Neu Delhi, 17. Mai. Eine indische Übergangsregierung, wie sie im Weißbuch der britischen Kabinettsmission vorgeschlagen ist, wird in den nächsten Tagen vom indischen Vizekönig Lord Wavell ernannt. Die Übergangsregierung wird nur aus Indern bestehen und hat die Verwaltungsarbeit fortzuführen, bis die neue indische Verfassung fertig ist.

DAF-Beitragsgelder für Aufrüstung der Marine

Mit Vertragsbruch, Betrug und Lüge wurde die Wehrmacht „politisches Machtinstrument"

Nürnberg, 16. Mai. Einen schweren Stand hatte Räder, als er sich gegen den Vorwurf der geheimen Aufrüstung unter Umgehung des Versailler Vertrages und sogar unter Bruch des erst im Jahre 1935 abgeschlossenenen deutsch-englischen Flottenabkommens zu verteidigen suchte.

Schon im Jahre 1933 wurde vom Oberkommando der Kriegsmarine eine erste „Aufstellungsgliederung 1938" ausgearbeitet, um Hitlers Forderung nachzukommen, im Rahmen eines Fünfjahresplanes bis zum 1. April 1938 eine Wehrmacht aufzustellen, die er „als politisches Machtinstrument in die Waagschale werfen" könnte. Dieser Plan wurde dann nach Abschluß des Londoner Flottenabkommens vom Jahre 1935 erweitert unter dem Kennwort „Kriegs-Gliederung Endziel". Das Endziel war nach diesem Plan in das Jahr 1944/45 verlegt.

Räder gab ferner zu, daß die Kriegsmarine sogar schon lange vor Hitler die heimliche Aufrüstung in der Luft betrieb. Zu diesem Zweck habe man eine Scheinfirma gegründet, die Severa GmbH., die Marinepiloten ausbildete sowie neue Flugzeugmuster entwarf, baute und ausprobierte.

Noch vor Verkündung der sogenannten Wehrfreiheit hatte die Kriegsmarine außerdem, wie Räder weiter ausführte, bereits mit dem Ankauf von Einzelteilen für den U-Boot-Bau im Ausland begonnen.

„Da ich wußte, daß im Jahre 1935 die Wehrfreiheit erstrebt werden sollte, machte ich Hitler am 2. November 1934 den Vorschlag, sechs U-Boote zusammenzusetzen, um gegen etwaige Sanktionen gerüstet zu sein", erklärte Räder.

Hitler ging dies aber alles anscheinend noch nicht schnell genug, denn wie Räder zu einem ihm vorgehaltenen Dokument erklärte, machte ihm Hitler im Jahre 1934 den Vorschlag, zum schnelleren Ausbau der Kriegsmarine 120 bis 150 Millionen Mark von den Beitragsgeldern der Deutschen Arbeitsfront abzuzweigen.

Im Juni 1934 habe er dann Hitler an Bord des Kreuzers „Karlsruhe" den Vorschlag gemacht, die neuen Panzerschiffe, die Hitler bewilligt hatte, nicht mit 10 000 Tonnen Wasserverdrängung zu bauen, sondern bedeutend größere. Sie erhielten dann auch tatsächlich eine Wasserverdrängung von 26 000 Tonnen. Dies sei selbstverständlich geheimgehalten worden.

Räder gab schließlich zu, auch das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935 unmittelbar nach seinem Abschluß wieder gebrochen zu haben, indem er die darin festgesetzten Tonnagegrößen für die deutschen Schlachtschiffe bei weitem überschritt.

Hitler befahl Athenia-Lüge

Nürnberg, 17. Mai. Im Gegensatz zu den Darstellungen aller bisher vernommenen Angeklagten im Nürnberger Prozeß, nach denen es unmöglich gewesen sei, Hitler zu widersprechen, erklärte Räder am dritten Tage seiner Vernehmung als Zeuge in eigener Sache, man konnte Hitler alles mögliche sagen, wenn man mit ihm allein war. Räder erklärte dieses, als er über eine Unterredung sprach, in der er Hitler „unter vier Augen" von einem Kriege gegen Rußland abgeraten habe. Zuvor hatte Räder zugegeben, daß die Anregung zu dem Angriff auf Norwegen, das sogenannte Unternehmen „Weserburg", von ihm selbst ausgegangen sei, denn er sei es gewesen, der dem Führer am 10. Okt. 1939 zu einem Unternehmen gegen Norwegen geraten habe. „Ruhm war dabei nicht zu gewinnen", sagte Räder. „Mir war auch klar, daß es einen Bruch der norwegischen Neutralität bedeuten würde, wenn wir norwegische Stützpunkte besetzten."

Am Freitagvormittag hatte sich Räder zur warnungslosen Versenkung des unbewaffneten englischen Fahrgastdampfers „Athenia" geäußert. Die feindlichen Rundfunknachrichten, wonach ein deutsches U-Boot die „Athenia" torpediert habe, seien ihm unglaubwürdig vorgekommen, da nach seiner Kenntnis das nächste deutsche U-Boot 75 Seemeilen von der Torpedierungsstelle entfernt sein mußte.

Der Führer habe daraufhin befohlen, die feindliche Meldung amtlich zu dementieren.

Aber am 27. September sei das U-Boot, das die „Athenia" tatsächlich versenkt hatte, von seiner Fahrt zurückgekommen, und der Kommandant des Bootes habe sein „Versehen" gemeldet. Der Führer habe dann jedoch entschieden, diese Tatsache geheim zu halten.

„Zu unserem großen Erstaunen" sei dann aber einen Monat später im „Völkischen Beobachter" ein Artikel erschienen, in dem Winston Churchill beschuldigt wurde, die Versenkung der „Athenia" veranlaßt zu haben.

„Es war natürlich eine völlige Unmöglichkeit, dem ersten Lord der Admiralität die Schuld in die Schuhe zu schieben, wo wir doch wußten, daß unser Boot das Schiff torpediert hatte".

Wie es zu diesem Artikel gekommen sei, will Räder erst hier in der Gefangenschaft von seinem Mitgefangenen Hans Fritzsche erfahren haben. Danach habe Hitler selbst den Artikel befohlen, und der Reichspressechef habe die Weisung dann an das Propagandaministerium weitergeleitet.

Raeder als „Admiral-Inspekteur"

Als Admiral-Inspekteur der Kriegsmarine sei er nur noch zweimal herangezogen worden: Einmal zum Begräbnis des bulgarischen Königs und das zweite Mal, um dem ungarischen Reichsverweser Horthy ein Geschenk zu überbringen.

Nürnberg, 18. Mai. Am 30. Januar 1943 wurde Räder nach einem heftigen Auftritt mit Hitler entlassen, aber zum Admiral-Inspekteur der Kriegsmarine ernannt, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß er im Unfrieden von Hitler geschieden sei.

Konferenzen und Differenzen

Drei Zusammenkünfte von Staatsmännern haben in der letzten Zeit die Augen der gesamten politischen Welt auf sich gerichtet: der Weltsicherheitsrat, die Außenministerkonferenz und die Indienverhandlungen. Trotz all ihrer Sitzungen und Beratungen muß man sagen, daß all diesen Zusammenkünften eins gemeinsam war: Viel Konferenzen und noch mehr Differenzen!

Der Weltsicherheitsrat tagte unter dem Druck der persischen Frage. Seit Wochen wurde über die Räumung des persischen Staatsgebietes von den russischen Truppen hin und her debattiert, und noch immer nicht sind die Differenzen behoben. So ist es nicht zu verwundern, wenn der ägyptische Delegierte erklärt hat, daß die Völker der Welt arg enttäuscht seien, daß es dem Weltsicherheitsrat nicht gelänge, die ihm anvertrauten Aufgaben vollständig zu bewältigen. Schärfer und deutlicher noch äußerte sich der persische Delegierte Hussein Ala Pascha in einer Rede vor der Katholischen Universität in Washington: „Großmächte sind nicht dazu berechtigt, das Staatsgebiet eines kleinen Landes zur Austragung ihrer Rivalitäten zum Nachteile des kleinen Landes oder als Sprungbrett für den Angriff auf eine dritte Nation zu benutzen." Aber selbst eine so scharfe Sprache führt den Sicherheitsrat nicht weiter, der sich nach langen Beratungen über Persien vom 8. Mai auf den 20. Mai vertagte, um dann eine endgültige Mitteilung über die russische Truppenräumung entgegenzunehmen. Er wird begebens warten! Persien hat am 18. Mai erklärt, das Land sei noch nicht völlig geräumt. Rußland — hüllt sich weiter in Schweigen, und der Rat hat sich am Freitag wieder einmal vertagt, ohne daß ein neues Datum für seinen Zusammentritt bekanntgegeben wurde.

Die Pariser Außenministerkonferenz hat sich nach drei Wochen langen Beratungen auf den 15. Juni vertagt. „Die Tatsache, daß die Pariser Konferenz ohne offenen Bruch irgendwelcher Art auseinanderging, ließ die Hoffnung offen, daß der langsame Weg zum Frieden in Etappen auch stufenweise dazu dienen wird, Verdacht und Besorgnis der Großen Vier auf einen Punkt zurückzuführen, wo die unbestreitbare Teilung Europas in zwei Hälften doch wieder zu einer annehmbaren Form besseren Verstehens verwandelt wird." In diese Worte faßt der diplomatische Vertreter der Reuter-Agentur das Pariser Ergebnis zusammen. Da wird selbst der bescheidenste Leser sagen: Das ist doch wahrhaftig reichlich wenig! In der Tat! Was ist denn auch zustandegekommen? Bekanntlich sollten die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Finnland vorbereitet und die deutsche Frage eingehend erörtert werden. Um mit der letzteren zu beginnen: In der Deutschlandfrage zeigten sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten, so daß von einer Beschlußfassung nicht die Rede sein konnte. Italiens Friedensvertrag ist auf halbem Wege stecken geblieben. Über die Grenze mit Jugoslawien konnte keine Einigung erzielt werden, über die Kolonien kam man zu keinem Ergebnis, und über die Räumung des Landes wurde auch kein Beschluß gefaßt. Dagegen wurden die Reparationen an Rußland festgesetzt, die italienische Kriegsflotte aufgeteilt und die Waffenstillstandsbedingungen revidiert. Die Regelung der Balkanfragen wurde begonnen: Siebenbürgen wurde an Rumänien zurückgegeben, Bulgarien erhält die Süddobrutscha, Rußland behält Bessarabien und die Nordbukowina, wogegen die Einsetzung einer Internationalen Donaukontrolle am Widerspruche Rußlands scheiterte. Schließlich wurde beschlossen, den Friedensvertrag mit Finnland der europäischen Friedenskonferenz zu überweisen, für welche einen genauen Termin zu bestimmen wegen weitgehender Differenzen nicht gelang.

Die Indienverhandlungen zwischen den Vertretern des britischen Kabinetts und den beiden größten indischen Parteien haben nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt. Trotz der vielen Konferenzen waren auch hier die Differenzen so groß, daß eine Einigung nicht zustande kam. Daraufhin hat nun die britische Regierung ihren Indienplan bekanntgegeben und zur Erörterung gestellt: British-Indien und die Indischen Staaten bilden eine freie Union, über deren Verbleib im Englischen Empire oder ihr Ausscheiden nichts gesagt wird. Außenpolitik, Landesverteidigung und Verkehrswesen sind Angelegenheiten der Union, für alle anderen Angelegenheiten sind die Provinzen zuständig. Ein Vollzugsrat und eine Gesetzgebende Versammlung sind ihre Instrumente. — Nun haben die Inder das Wort. Es wird nicht so leicht sein, jetzt eine Einigung zu erzielen, nachdem die Konferenzen der Wochen vorher so viele Differenzen ergeben haben. Die bisher bekannt gewordenen Urteile gehen weit auseinander. Von einem „Festtag in Indiens Geschichte", wie der Vorsitzende des Nationalausschusses sagte, von Ghandis Erklärung über den Plan als „dem wichtigsten Schriftstück der indischen Geschichte" und der Betonung des indischen Vertreters beim Ausschuß für Menschenrechte der UNO., „der Plan sei ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege zur indischen Unabhängigkeit", bis zur Behauptung des radikalen „Preß Journal" in Bombay: „Die Vorschläge offenbaren weder politische Weisheit noch verfassungsschöpferische Fähigkeit" oder Churchills Behauptung im Unterhause: „Ein geschicktes, aber trübseliges Dokument" oder der Meinung des „Daily Sketch": „Der Indienplan geht zu weit" ist ein weiter Weg. Also auch hier gilt es, schwerwiegende Differenzen aus dem Wege zu räumen.

Partei-Kongreß der FDP.

„Freie Demokratische Partei" für ganz Deutschland geplant

Bad Pyrmont, 18. Mai. Der erste Parteikongreß der Freien Demokratischen Partei wurde am Sonnabend in Bad Pyrmont eröffnet. Der Vorsitzende des Landesverbandes Hannover, Franz Henkel, begrüßte die Vertreter der Militärregierung und die Konferenzteilnehmer, die aus allen Zonen eingetroffen waren.

Reichsminister a. D. Külz, Berlin, sprach sich gegen die Zonenabgrenzung aus. „Wir leben in einer Zeit der Zonenentfremdung", erklärte er, „die sich weit schlimmer auswirkt als eine Wirtschaftsentfremdung, da sie schwerer zu beseitigen sein wird." Dieser Parteitag solle sich in den Dienst der Einheitsbestrebung des gesamten deutschen Volkes stellen.

Oskar Dieling, Hannover, sprach zu der Frage „Wie helfen wir den Heimatlosen und Flüchtlingen?" Um die sofortige Linderung der Not dieser Menschen herbeizuführen, verlangte er die Annahme einer Reihe von Sofortzielen:

Gleichstellung der Heimatlosen und Flüchtlinge bei der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter.

Freiwilliges noch engeres Zusammenrücken und restlose gerechte Ausnutzung aller noch vorhandenen Möglichkeiten durch die Wohnungsämter und Wohnungskommission.

Aufhebung aller nicht durch wirklich unüberwindbare Hindernisse erzwungenen Berufssperren und des Numerus Clausus.

Als Ziele auf weitere Sicht nannte er:

Aufrechte und wahrhafte demokratische Politik zur Wiedergewinnung des Ostraumes.

Wiedergutmachung der nachgewiesenen Schäden der Heimatlosen und Flüchtlinge im Rahmen der deutschen Gesamtlage zum Wiederaufbau einer neuen Existenz.

Inangriffnahme von umfassender Ödlandsiedlung. (Fachleute hätten beispielsweise festgestellt, daß in der Lüneburger Heide noch 400 000 Hektar Land urbar gemacht werden können, worauf etwa 30 000 Bauernfamilien aus dem Osten angesiedelt werden könnten.)

Ansiedlung auf dem durch gerechte Bodenverteilung gewonnenen Raum auch im Hinblick auf eine eventuell notwendig werdende, dem Volksganzen dienende Bodenreform.

Kein Staatsabsolutismus in der Wirtschaft

Gegen den Absolutismus der Staatsführung auf wirtschaftlichem Gebiet wandte sich der Hamburger Sprecher Eduard Wilkening.

„Die ungeheuren Umwälzungen", so erklärte er, „die heute auf allen Gebieten vor sich gehen, scheinen geeignet zu sein, jeder wirtschaftlichen Belebung von vornherein die Grundlage zu entziehen."

Wohl sei es notwendig, eine Einheit in die Wirtschaft zu bringen, aber der Schrei nach Wirtschaftsplanung oder nach „Planwirtschaft" bedeute etwas ganz anderes. Damit würde der Eindruck erweckt, als ob nur eine zentralisierte Lenkung der deutschen Wirtschaft in allen ihren Verzweigungen das Volk aus dem Abgrund herausführen könne.

Im Namen der Freien Demokratischen Partei gab der Redner die programmatische Erklärung ab, daß die Partei den Absolutismus der Staatsführung auf wirtschaftlichem Gebiet ablehnt, weil sie in ihm eine Gefahr für das deutsche Volk und auch für die anderen Völker der Erde sieht.

Basen neuer Finanzpolitik

Um die Ziele der deutschen Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik, nämlich eine in ihrer Kaufkraft beständige Mark, eine ihrer Höhe nach feststehende und tilgbare Reichsschuld, einen ausgeglichenen Haushalt von Gemeinden, Ländern und Reich und eine sozialgerechte, den Sparbetrieb erneuernde, das Leben der Wirtschaft erhaltende Besteuerung zu erreichen, erhob der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Franz Bluecher, einige grundsätzliche Forderungen, die zu neuen Grundlagen deutscher Finanzpolitik führen sollen.

Alle Lasten müssen auf die Gesamtheit in sozialer Staffelung umgelegt werden. Die erlittenen Schäden sind dem Geschädigten auf seine Last anzurechnen.

Die Nutznießer der Aufrüstung, des Krieges und des nationalsozialistischen Systems müssen ihre Gewinne an das Reich abführen, bevor eine weitere Vermögensabgabe gefordert wird.

Die Kriegs- und Luftkriegsversehrten und die Hinterbliebenen sind auskömmlich zu versorgen, der in den Steuern hierfür enthaltene Teil ist gesondert als Volksopfer auszuweisen.

Die Besteuerung von Einkommen und Ertrag darf nicht den Anreiz zu sparsamster Betriebsführung abtöten und damit die Unternehmerinitiative und die Bildung von Reserven beseitigen.

Die Neubildung von langfristig gebundenen kleinen Sparmitteln bedarf ebenfalls des steuerlichen Anreizes. Die Reichsverschuldung muß grundsätzlich das Ausmaß unserer gesamten, nicht unmittelbar produktiven Verschuldung zeigen.

Die Pläne für den finanziellen Aufbau sind dem Volk mit allen Mitteln der Presse, des Rundfunks und durch Reden mitzuteilen und zu erläutern.

Wilhelm Heile zur Ruhrfrage

Bad Pyrmont, 19. Mai. Auf der ersten öffentlichen Kundgebung am zweiten Tage des Parteikongresses betonte der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Wilhelm Heile, daß nach den Jahren der Naziherrschaft nun die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes den Drang zur inneren Freiheit habe.

Wilhelm Heile appellierte an die Staatsmänner der anderen Völker, nicht dieselben Fehler wie nach 1918 zu machen, sondern den deutschen Demokraten mehr Möglichkeiten zu geben, die deutschen Probleme zu lösen.

Zur Rhein- und Ruhrfrage erklärte Heile, daß der Gedanke der Trennung bereits seit Jahrhunderten in Europa lebe. Aber erst heute würden hüben wie drüben immer mehr Menschen erkennen, daß Deutschland ohne sein Herzstück nicht leben könne. Ruhr und Rhein müßten das Herz Deutschlands bleiben.

Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Wilhelm Heile der Versammlung bekannt, daß der Beschluß gefaßt worden sei, mit Erlaubnis der Militärregierung eine große freie demokratische Partei für ganz Deutschland zu bilden, um an alle Probleme Deutschlands herantreten zu können.

Die Entnazifizierung im April

Hamburg, 16. Mai. 9308 Personen wurden in der britischen Besatzungszone wegen ihrer früheren Beziehungen zur NSDAP. im April 1946 ihrer Posten enthoben. Von 51 400 Anträgen auf Beschäftigung wurden 5018 abgelehnt. Insgesamt wurden im April von den zuständigen Kontrollbehörden 57 280 Fragebogen geprüft, wobei in 77 Fällen falsche Angaben zu strafrechtlicher Verfolgung führten.

Ein Gesamtüberblick über die Entnazifizierung seit Beginn der Besetzung in der britischen Zone zeigt folgendes Bild:
Entlassungen 110 861, Arbeitsanträge 706 136, abgelehnte Anträge 61 615, geprüfte Fragebogen 870 029, Strafanträge wegen falscher Angaben 1402.

Rationssätze unverändert

Hamburg, 19. Mai. Die Lebensmittelrationen in der britisch besetzten Zone Deutschlands werden auch für die Kartenperiode vom 27. Mai bis 25. Juni in der gegenwärtigen Höhe aufrecht erhalten trotz der geringen Bestände an Brotgetreide, die für die Verteilung zur Verfügung stehen.

Die Festsetzung der Rationen für die Kartenperiode nach dem 25. Juni, heißt es in der amtlichen Bekanntmachung, wird spätestens bis zum 15. Juni mitgeteilt.

Brotkürzung in der USA.-Zone

Stuttgart, 16. Mai. Eine Kürzung der Brotration in der amerikanischen Zone von sechs auf vier Kilo je Periode, beginnend mit der 89. Zuteilungsperiode am 27. Mai, wurde vom Länderrat im amerikanisch besetzten Teil Deutschlands beschlossen.

Die tägliche Kalorienmenge erfährt von der 89. Zuteilungsperiode ab eine Herabsetzung von 1275 auf 1180. Ein gewisser Ausgleich für die Senkung der Brotration wird durch eine geringe Erhöhung der Rationen an Fett, Käse, entrahmter Frischmilch und Trockenei ermöglicht.

Keine Hortung von Heilmitteln

Hamburg, 16. Mai Der Militärregierung wurde wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß Drogen und Heilmittel, die dringend für die Erhaltung der Volksgesundheit benötigt werden, in den Apotheken nicht zu bekommen sind, obgleich an sich genügend Mengen hergestellt wurden.

Der britische Generalbeauftragte für die chemische Industrie in der britischen Besatzungszone gibt hierzu bekannt:

„Im Interesse der Volksgesundheit ist es erforderlich, daß alle Drogen und medizinischen Heilmittel sofort für den Verkauf in Apotheken freigegeben werden.

Die Hortung von Waren und die Weigerung, vorhandene Drogen und Medizinen zu verkaufen, wird nach dem Gesetz vom 4. September 1939 mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft."

Todesurteil im Braunschweig-Prozeß

Braunschweig, 16. Mai. Zum Tode wurde vom Braunschweiger Höheren Militärgericht Kurt Limpke, der 30jährige Hauptangeklagte in dem Prozeß gegen die Mitglieder der illegalen Organisation „Freies Deutschland" verurteilt. Vier weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Pläne Limpkes, der Angehöriger der Polizei war, eine Bedrohung des Lebens der Besatzung in der britischen Zone bedeuteten. Unter dem Deckmantel eines Sportvereins habe Limpke beabsichtigt, eine Art Hitler-Jugend wieder ins Leben zu rufen.

Das Todesurteil bedarf noch der Bestätigung.

Wahlsieg der Volkspartei in Holland

Den Haag, 18. Mai. Die fortschrittliche katholische Volkspartei und die neugegründete Arbeiterpartei sind als die bei weitem stärksten Parteien aus den Wahlen für das holländische Unterhaus hervorgegangen.

Die beiden genannten Parteien konnten sich nach dem bereits vorliegenden Endergebnis von den hundert Sitzen des Unterhauses 32 bzw. 29 Sitze sichern. Die katholische Volkspartei hat fast 31 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt, während die Arbeiterpartei mit über 28 Prozent in kurzem Abstande folgt.

Von den übrigen acht Parteien erzielten die rechtsstehende antirevolutionäre Partei 13 Sitze, die Kommunisten zehn Sitze, die christlich-historische Union acht Sitze, die neugegründete liberale Freiheitspartei sechs Sitze, die reformierte Staatspartei zwei Sitze. Bei der protestantischen Union und bei zwei weiteren kleinen Splitterparteien reichte die Stimmenzahl für einen Parlamentssitz nicht aus.

Regierung zurückgetreten

Die Regierung Professor Schermerhord ist am Sonnabend, wie erwartet, im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen zurückgetreten. Königin Wilhelmina hat das bisherige Kabinett gebeten, zunächst im Amt zu bleiben.

Professor Schermerhord gehört der Arbeiterpartei an.

„Bundesstaat Weser-Ems" vorgeschlagen

Oldenburg, 18. Mai. Die Errichtung eines „Bundesstaates Weser-Ems" schlägt die oldenburgische Landesregierung in einer Denkschrift vor, die der britischen Militärregierung überreicht wurde. Die Denkschrift geht von der Voraussetzung aus, daß in einem neuen deutschen Bundesstaat wirtschaftlich und verwaltungsmäßig leistungsfähige Länder geschaffen werden müßten.

Der vorgeschlagene „Bundesstaat Weser-Ems" soll nach den Oldenburger Plänen den Freistaat Oldenburg, die freie Hansestadt Bremen und die gegenwärtig zur Provinz Hannover gehörenden Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie die Landkreise Wesermünde und Osterholz-Scharmbeck, die alten Landkreise Diepholz und Syke und die braunschweigische Enklave Thedinghausen umfassen.

Gegen Aufteilung Westfalens

Münster, 18. Mai. Der Hauptausschuß des Provinzialrats der Provinz Westfalen befaßte sich in seiner ersten Sitzung mit der Frage der territorialen Neuaufgliederung der britischen Zone. Er stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Bestand der Provinz Westfalen aus wirtschaftlichen, kulturellen und landsmannschaftlichen Gründen unter keinen Umständen angetastet werden dürfe. Jeder Versuch der Aufteilung der Provinz Westfalen oder der Absplitterung einzelner Teile werde dem geschlossenen Widerstand der Bevölkerung begegnen.

Demontagemaßnahmen kritisiert

Berlin, 16. Mai. Über gewisse Demontagemaßnahmen in Berlin sprach nach einem Bericht der Berliner Zeitung „Kurier" einer der Vorsitzenden der Berliner SPD., Franz Neumann.

Neumann erklärte, die Demontage ginge immer weiter, und auch Betriebe, die gar nichts mit Rüstung zu tun hätten, wie beispielsweise der Berliner Schlacht- und Viehhof, würden jetzt abgebaut.

Die deutsche Sozialdemokratie, sagte Neumann, erkenne die Pflicht zur Wiedergutmachung voll an, diese könne aber nur erfüllt werden, wenn man Deutschland die nötigen Produktionsmittel belasse.

KURZNACHRICHTEN

Santiago, 18. Mai. Chile hat sich bereit erklärt, 20 000 deutsche Auswanderer aus Südschleswig aufzunehmen. Es wird jedoch vorläufig von dem allgemeinen Auswanderungsverbot für deutsche Staatsbürger der britischen Besatzungszone noch keine Ausnahme gemacht.

Bukarest, 17. Mai. Marschall Ion Antonescu und der frühere rumänische Minister Michael Antonescu sind, wie Radio Rumänia meldet, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden.

Rom, 19. Mai. Die ersten Sprengungen für den Bau eines Tunnels durch den Montblanc, den höchsten Berg Europas, wurden am Sonnabend durch italienische Ingenieure vorgenommen.

Rom, 18. Mai. Die polnische Armee, die unter dem Befehl des Generals Anders im Verbande der britischen Streitkräfte in Italien eingesetzt ist, soll abtransportiert und voraussichtlich nach Schottland verlegt werden.

London, 17. Mai. Eine erhöhte Papierzuteilung für die Parteizeitungen der britischen Zone, die allen politischen Parteien zugute kommen soll, stellte Staatsminister Hynd noch für dieses Jahr in Aussicht, als er im Unterhaus Anfragen über die Presse in Deutschland beantwortete.

Wien, 16. Mai. Ein Bundesgesetz, das Rechtsgeschäfte und sonstige Rechtshandlungen für nichtig erklärt, die während der deutschen Besetzung erfolgt sind, wurde auf einer Sitzung des österreichischen Nationalrates beschlossen.

München, 18. Mai. Die unter nationalsozialistischer Herrschaft verliehenen Titel werden in Bayern durch ein Gesetz abgeschafft, das vom bayrischen Ministerrat in seiner Sitzung vom 17. Mai angenommen wurde.

Stuttgart, 17. Mai. Ein neues Beamtengesetz für die Länder der amerikanischen Besatzungszone wird am 1. Juli der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden, wie der Sachreferent des württembergischen Innenministeriums mitteilte. Das neue Gesetz wird keinen Unterschied zwischen Beamten und Angestellten im Behördendienst machen.

Nürnberg, 18. Mai. Ein Soldat der amerikanischen Armee gestand, daß er für den Tod der zwei amerikanischen Soldaten verantwortlich sei, die in Nürnberg erschossen wurden. Der Soldat, ein Farbiger, sagte, er habe die Soldaten versehentlich getroffen.

Frankfurt, 16. Mai. Die deutschen Fernleitungen des Post- und Telegrafenwesens in der amerikanischen Zone, die bisher unter der Kontrolle der amerikanischen Streitkräfte standen, sind der deutschen Post zum Betrieb übergeben worden.

Wiesbaden, 16. Mai. Neue Kennkarten für die amerikanische Besatzungszone werden auf Anordnung der Militärregierung ab 30. September 1946 eingeführt. Der Ausweis trägt die Bezeichnung „Deutsche Kennkarte".

Berlin, 17. Mai. Die Ernennung einer Vier-mächte-Entwaffnungs-Kommission beschloß der Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrat auf seiner 75. Sitzung am 17. Mai. Die Kommission soll alle Besatzungszonen besuchen und über den Stand des Fortschritts der Entwaffnung in jeder Zone Bericht erstatten.

Berlin, 17. Mai. Die Erleichterung der Adoption in der Sowjetzone wird durch einen Runderlaß der deutschen Justizverwaltung für die Sowjetzone verfügt. Vielen Waisenkindern soll damit ein neues Elternhaus geschaffen werden.

Berlin, 17. Mai. Die Überlassung von ungefähr 700 000 Feldbetten und 27 000 Zelten aus überschüssigen USA.-Heeresbeständen zur Unterbringung von Flüchtlingen hat die Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschand zugesichert.

Bremen, 17. Mai. Zwei kommunistische Senatoren von Bremen, Ehlers und Wolters, haben am Vortage des Kommunistischen Bezirksparteitages ihren Austritt aus der KPD. und ihren Übertritt zur SPD. erklärt.

Hamburg, 16. Mai. Für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und in der französischen Zone können jetzt auch Briefe bei den deutschen Postanstalten aufgeliefert werden, wie von den zuständigen Stellen mitgeteilt wird. Die Briefe brauchen nicht freigemacht zu werden.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.

Mittwoch, 22. Mai: 7.00 Gartenfunk, 7.55 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 15.20, Suchdienst (1. Teil), 16.00 Kinderfunk, 16.30 Suchdienst (2. Teil), 18.00 Literarische Rundschau, 19.15 Zum Tage, 19.30 An Kreuzwegen deutscher Geschichte, 22.00 Worüber man in der Wirtschaft spricht, 22.15 Unterhaltungskonzert, 23.00 Tanzmusik.

Donnerstag, 23. Mai: 7.00 Haus und Gesundheit, 7.55 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 14.00 Englische Presseschau, 15.20 Suchdienst, 18.00 Kunst und Wissen, 18.30 Moderne russische Klaviermusik, 19.15 Zum Tage, 19.30 Wir denken an euch (Eine Sendung für Kriegsgefangene), 22.00 Grundzüge der Literaturgeschichte, 22.15 Kammermusik, 23.00 Lyrik, 23.05 Deutsche Tanzmusik.

Freitag, 24. Mai: 7.00 Haus und Gesundheit, 7.55 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 14.00 Blick auf die Wirtschaft der Welt, 15.20 Suchdienst, 18.00 Filmspiegel, 18.30 Franz Schubert, 19.15 Zum Tage, 19.30 Rund um die Welt, 20.15 Sinfoniekonzert, 22.00 Die Parteien sprechen, 23.00 Tanzmusik.

Samstag, 25. Mai: 7.00 Haus und Gesundheit, 7.55 Wasserstandsmeldungen, 9.15 Schulfunk, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 14.00 Der Jurist spricht, 15.20 Suchdienst, 18.00 Das europäische Volkslied, 19.30 Ruhrgebiet — wie man es nicht kennt, 22.00 Tanz.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung Auflage 102 844.

Neue Ausbildungsverordnung

für die juristischen Examen

Hamburg, 13. Mai. Von der britischen Kontrollkommission ist für die gesamte britische Zone eine neue Justiz-Ausbildungsverordnung genehmigt worden, die sofort in Kraft tritt und die Voraussetzungen für die juristischen Examen regelt.

Der erste Teil der neuen Ausbildungsverordnung befaßt sich mit der ersten juristischen Staatsprüfung. Die Zulassung hierzu erhält nur derjenige, der sechs Semester Rechts- und Staatswissenschaft an einer deutschen Universität oder einer gleichartigen ausländischen Hochschule studiert hat.

Die Prüfungen werden vor den Justizprüfungsämtern abgelegt, die bei den Oberlandesgerichten Celle, Düsseldorf, Hamburg, Kiel, Köln und Oldenburg bestehen.

Der zweite Teil der Verordnung befaßt sich mit dem Vorbereitungsdienst. Hiernach kann derjenige, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, auf Antrag zum Gerichtsreferendar ernannt und dadurch in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden. Der Vorbereitungsdienst dauert grundsätzlich drei Jahre. Bei Kriegsteilnehmern und ihnen Gleichgestellten kann auf Antrag die Ausbildungsdauer auf 27 Monate verkürzt werden.

Der dritte Teil der neuen Justizausbildungsverordnung regelt die „große Staatsprüfung". Sie wird vor den Prüfungsämtern bei den Oberlandesgerichten in Hamburg und Düsseldorf abgelegt und beginnt mit einer praktischen häuslichen Arbeit, der drei Aufsichtsarbeiten (Klausurarbeiten) und als Abschluß die mündliche Prüfung folgen.

Die Befugnis des Referendars, nach Bestehen der großen Staatsprüfung die Bezeichnung „Assessor" zu führen, sein Ausscheiden aus dem Justizdienst oder die Übernahme als Anwärter für das Amt des Richters und Staatsanwalts regelt sich nach den Bestimmungen der Laufbahnverordnung vom 16. März 1939 (Reichsgesetzblatt Band I, Seite 917).

Universität Krakau geschlossen

Die Krakauer Universität wurde wegen Unruhen unter den Studenten geschlossen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind einige hundert Studenten verhaftet worden. Wie dazu aus Warschau gemeldet wird, demonstrierten Teile der Krakauer Studentenschaft während eines Gottesdienstes, der von Kardinalprimas Apieha anläßlich des polnischen Nationalfeiertages zelebriert wurde. Als die polnische Polizei die Demonstranten aufforderte, sich zu zerstreuen, kamen sie der Aufforderung nicht nach, so daß die Polizei, unterstützt durch russisches Militär, gewaltsam gegen die Studenten vorgehen mußte. Dabei fielen einige Schüsse.

Rektor der Kieler Universität seines Amtes enthoben

Professor Dr. Hans Gerhard Crezfeldt ist von der Militärregierung seines Amtes als Rektor der Kieler Universität enthoben worden. Untersuchungen hatten ergeben, daß der Sonderausschuß, der unter seinem Vorsitz die Zulassung der Studenten für das Sommersemester zu überprüfen hatte, nicht nach den Richtlinien der Militärregierung gearbeitet hat. Es wurde ein neuer Ausschuß ernannt, der diese Arbeiten zu vollenden hat.

Evangelisch-kirchliche Hochschule in Berlin

Die kirchliche Hochschule Berlin, die mit Lizenz der amerikanischen Militärregierung im letzten Wintersemester ihre Arbeit wieder aufnehmen konnte, ist die einzige kirchliche Ausbildungsstätte in Ostdeutschland, die von der bekennenden Kirche unterhalten wird. Sie wurde 1935 ins Leben gerufen, alsbald aber vom nationalsozialistischen Staat verboten, trotzdem hat sie als illegale Ausbildungsstätte ihre Arbeit bis zum Frühjahr 1941 fortsetzen können. Für die Zulassungen zum Studium an der kirchlichen Hochschule gelten die gleichen Bestimmungen wie bei den staatlichen Hochschulen. Sie ist in Berlin-Zehlendorf untergebracht.

Katholisches Bildungswerk in Berlin

Ein katholisches Bildungswerk in Berlin hat Kardinal Graf Preysing mit einer Pontifikalmesse eröffnet. Das katholische Bildungswerk soll als Institut für religiöse Bildung unter katholischem Gesichtspunkt die Stellung der Christen zu den Problemen der Zeit klären.

Der Mann, der das Impfen erfand

Zur 150jährigen Wiederkehr der ersten Pockenimpfung durch Dr. Jenner

Vor 150 Jahren, am 14. Mai 1796, ergriff in England ein gewisser Dr. Edwar Jenner ein kleines Federmesserchen, das mit einer gelblichbraunen Masse beschmiert war, und streifte den Ärmel eines vor ihm stehenden Mannes bis zur Schulter herauf und ritzte ihm mit dem Messerchen einmal kräftig in die Haut des Oberarms.

Eine kleine Gruppe Ärzte und Physiker sowie eine große Anzahl Schaulustiger standen atemlos vor Spannung um die beiden herum und erwarteten, daß nun etwas Furchtbares geschehen müsse; denn die gelblich-braune Masse war die Lymphe einer an Pocken erkrankten Kuh, ein Giftstoff, der eigentlich die augenblickliche Erkrankung, wenn nicht den Tod des geimpften Mannes hätte zur Folge haben müssen. Aber nichts geschah. Der Patient, der soeben gegen Pocken geimpft wurde, und dem Millionen anderer folgen sollten, zog seinen Ärmel wieder herunter, erklärte, daß er sich genau so wohl fühle wie vorher, blieb auch weiterhin völlig gesund und zur großen Überraschung aller Zweifler von der damals in England wütenden Blatternepidemie verschont.

Der Mann, der dieses Wunder vollbracht hat, wurde zum Mittelpunkt des allgemeinen Interesses.

Wer war dieser Dr. Jenner, der behauptete, ein neues wirksames Bekämpfungsmittel gegen die völkerdezimierenden Pocken oder Blattern entdeckt zu haben und der mit seiner ersten Pockenimpfung auch tatsächlich Erfolg gehabt hatte? Dr. Jenner war ein einfacher praktischer Arzt, der sich nach seinem Studium in London in seinem Heimatort als Arzt niederließ.

Die Hauptsorgenkinder seiner Praxis waren die Opfer der Pockenepidemie. Jeden Tag hielt der Tod in England und in der Welt reiche Ernte.

Kollegen schüttelten den Kopf und lachten.

Eines Morgens begegneten Dr. Jenner die beiden Töchter eines Bauern. Die beiden Mädchen waren die einzigen, die auf dem Hofe von der Seuche verschont geblieben waren. Drall und gesund standen sie vor ihm, setzten für einen Augenblick die schweren, schäumenden Milcheimer auf den Boden — sie kamen gerade vom Melken — und strichen mit den Händen ein paar Strohhalme von ihren Röcken. Jenners Augen folgten diesen Händen, die mit Narben übersät waren, Narben, die, wie er feststellte, von einer Kuhpockeninfizierung herrührten.

In tiefes Grübeln versunken setzte Dr. Jenner seinen Weg fort, und in den darauffolgenden Nächten wurden die Kerzen in seiner Studierstube nicht ausgelöscht. Die fast phantastisch anmutende Idee, man müsse alle noch gesunden Menschen zur Vorbeugung gegen die Pockenansteckung künstlich mit Kuhpocken infizieren, ließ ihn nicht mehr los. Kollegen, mit denen er über seine Entdeckung und seine Pläne sprach, schüttelten über soviel Unvernunft den Kopf, lachten ihn aus und begannen schließlich, als Jenner in seinen Experimentierungen fortfuhr, seine Arbeit zu hintertreiben und die Öffentlichkeit gegen ihn aufzurühren.

Jenner verschloß sich gegen die Umwelt, fuhr verbissen in seiner Entdeckung fort und sah an kleinen Erfolgen, die er mit seinen Tierversuchen erzielte, daß er auf dem richtigen Wege war.

Dann kam der 14. Mai 1796. Umringt von Interessenten und Widersachern impfte Dr. Jenner zum erstenmal einen Menschen mit Kuhpockenlymphe und bewies die Wirksamkeit seiner Entdeckung.

Die Menschen kamen in Scharen.

Die Menschen strömten jetzt zu ihm. Alle wollten sich von ihm impfen lassen, um nicht der furchtbaren Seuche zum Opfer zu fallen.

Die Schutzimpfung wurde bald in allen Londoner Hospitalen, im Heer und bei der Marine eingeführt und nahm von England aus ihren Weg über die ganze Welt, die Dr. Jenner als Wohltäter der Menschheit feierte. Er wurde mit Ehrungen und Auszeichnungen überhäuft, vom Parlament wurden ihm Zuwendungen bewilligt. Wissenschaftliche Verbände und Gesellschaften machten ihn zu ihrem Ehrenmitglied, und als der Zar von Rußland 1814 England besuchte, bot er Dr. Jenner die Verleihung eines Adelsorden an.

Im Jahre 1823 starb Dr. Jenner. Sein Name wurde, wie so oft, von seiner Entdeckung in den Schatten gestellt. Ein Porträt von ihm hängt in der Londoner Nationalgalerie. Die Franzosen errichteten ihm 1863 in Boulogne ein Denkmal. In seiner Schrift „Betrachtungen über die verschiedenen Impfungen" hat er 1798 die Entwicklung seiner Entdeckung niedergelegt. Seine Entdeckung ist jedem europäischen Menschen seit langem zur Selbstverständlichkeit geworden. Oder wen begleiten nicht an seinen beiden Armen die vier vernarbten Impfpocken schützend durch sein ganzes Leben?

Kornblumen blühen auf Spitzbergen

Nordpol wird gletscherarm - Mücken in der Arktis

Am Nordpol gehen große Veränderungen vor sich, die nicht nur das Gesicht des Nordpols schon gewandelt haben, sondern sich in ihren Folgen nach und nach über die ganze Welt ausbreiten werden, so berichten sowjetische Arktisforscher. Expeditionen anderer Länder bestätigen die russischen Voraussagen.

Nach diesen Forschungen und Berechnungen sollen schon unsere Kinder wärmere Winter, kühlere Sommer und häufigere Regenfälle haben. Die Folge würde sein: Den Bauern würden unter diesem Klima die Scheuern für ihre Ernten zu klein und den Fischern die Netze für ihre Beute zu eng werden.

Seit 15 Jahren haben die Sowjetforscher, Flieger und Eisbrecher in aller Stille diese weltbewegenden Vorgänge im Arktisgebiet beobachtet, gemessen und berechnet. Erst jetzt erhält die Welt in vollem Umfange die Berichte, die diese Männer von ihren 85 Beobachtungsstationen — ehemals waren es fünf — melden.

Immer noch 18 Millionen Kubikkilometer Eis.

Sie haben festgestellt, daß das Treibeis, das regelmäßig bis zu einer bestimmten Breite südwärts vordrang, jetzt schon weiter nördlich zerschmilzt. Wo sich früher trostlose Eiswüsten erstreckten, findet man heute freie See. Wo Sümpfe und Moore die ehemaligen Eiswüsten abgelöst haben, hat die Mücke ihren Einzug gehalten. Leider — und zum Schrecken der Einwohner — ist es die Stechmücke, die die Malaria mitbringt. Auf Spitzbergen wächst neben anderen mitteleuropäischen Pflanzen friedlich die Kornblume.

Der Grund für alle diese Vorgänge ist: der Ozean in der Arktis ist wärmer geworden. Er hat nicht nur die Eisberge, sondern auch die Vegetation zu Lande verändert. Eine Warmwasserschicht führt heute 100 Meter unter dem Meeresspiegel entlang, die nach Nansen erst 200 Meter tief vorkommen sollte, meldete kürzlich ein Sowjet-Eisbrecher vom 85. Grad nördlicher Breite.

Ungeheure wirtschaftliche und biologische Auswirkungen

Die Dorschernte auf Grönland betrug 1911 81 Tonnen. 1925 erreichte sie schon 250 000 Tonnen, um dann bis 1930 auf die märchenhafte Höhe von 600- bis 800 000 Tonnen zu steigen.

Am Nordkap und bei Spitzbergen stieg die Temperatur des Wassers bis um 200 Meter Tiefe um 0,7 Grad Celsius, in der Barentsee nahm die Eismenge seit 1910 um 13 Prozent ab. Die Schiffahrt konnte also länger durchgeführt werden, ungehindert von Schollen und Eisbergen.

Tiere haben ein gutes Gefühl für Temperaturschwankungen. Der Dorsch, auch der Kabeljau und der Hering ziehen weiter nordwärts. Sie lieben kühlere Gewässer, weil sie dort für ihre Nahrung mehr Kleintiere finden. Ihnen folgen die Vögel, die von Fischen leben.

Trotzdem ist es natürlich nicht so, daß die Forscher in der Arktis in Badehosen herumlaufen. Noch immer erreicht das Grönlandeis eine Mächtigkeit bis zu 3000 Metern und auf der gesamten Erde ist ein Volumen von 18 Millionen Kubikmetern noch immer von ewigem Eis bedeckt. Doch wenn man bedenkt, daß es ursprünglich 60 Millionen Kubikkilometer trostlose Eiswüsten gab, bekommt man einen Begriff von den großen Wandlungen, die heute am Nordpol vor sich gehen.

Eine — weniger ernsthafte — Rechnung am Rande: würden auch diese 18 Millionen Kubikkilometer Eis plötzlich schmelzen, so stiege der Meeresspiegel um 50 Meter und das würde bedeuten, Deutschland stände bis Leipzig unter Wasser.

Aber darüber braucht sich keiner Gedanken zu machen. So plötzlich schmilzt das Eis am Nordpol nicht.

Niedersachsen-Schau Hannover 1946

Die Hauptstadt Hannover veranstaltet unter Mitwirkung des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten sowie der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer 1946 erstmalig eine große Niedersachsen-Schau, die einen umfassenden Überblick über neues Planen und Schaffen auf den wichtigsten Gebieten unseres Lebens vermitteln soll. Die Militär-Regierung hat ihre größtmögliche Hilfe und Unterstützung zugesagt. Es gilt, weitesten Kreisen der Bevölkerung zu zeigen, daß Kräfte am Werk sind, den Nöten der Zeit zu begegnen, daß Produktionen angelaufen sind, um den dringendsten Bedarf an Gütern aller Art zu decken, daß neue Ideen verwirklicht werden, um den Weg in eine bessere Zukunft zu bereiten. Die technische Durchführung der Ausstellung liegt in den Händen der GEKAWE, Gesellschaft für Kultur- und Wirtschaftswerbung, Hannover, Podbielskistraße 323.

„Katholische Deutschlandhilfe" in der Schweiz

Ein Komitee „Katholische Deutschlandhilfe", das unter dem Patronat des Schweizer Karitasverbandes steht, wurde in der Schweiz gebildet. Wie das erzbischöfliche Generalvikariat in Köln erklärt, wollen die Schweizer Katholiken durch Sammlungen und andere Hilfsaktionen den notleidenden deutschen Glaubensgenossen helfen.

Es gehe bei der Hilfsaktion nicht um die deutsche Schuldfrage, sondern um die nackte Existenz von Millionen Menschen in Deutschland. Die „Katholische Deutschlandhilfe" will die Katholiken in der ganzen Welt am Schicksal der notleidenden Glaubensbrüder in Deutschland interessieren.

Fünf Millionen Insulineinheiten aus Dänemark

Fünf Millionen Insulineinheiten aus Dänemark sind in der britischen Zone eingetroffen. Weitere fünf Millionen Einheiten werden noch im Laufe dieses Monats erwartet. Es ist Dänemark jedoch nicht möglich, die erbetenen 75 Millionen Einheiten zu liefern, die zusammen mit der deutschen Eigenproduktion etwa sechs bis sieben Monate ausgereicht hätten, obwohl Dänemark das einzige Land ist, das einen Insulinüberschuß zu verzeichnen hat.

Die Insulin-Produktion der britischen Zone, die 7½ bis 8½ Millionen Einheiten monatlich beträgt, kann den deutschen Bedarf nicht auf lange Sicht hinaus decken. Daher ist man jetzt dazu übergegangen, Insulin aus den Bauchspeicheldrüsen der Fische zu gewinnen. Man hofft, dadurch zusätzlich im Monat fünf bis sechs Millionen Einheiten bereitstellen zu können.

Kurze Kulturchronik

Die Westfälischen Kulturtage, die für Ende Mai in Münster vorgesehen waren, sind nach einer Mitteilung des Oberpräsidiums für Westfalen auf den 18. und 19. Juni verschoben worden.

Am 30. Mai findet im Stadttheater Bielefeld die Uraufführung der Komödie von Willy Achsel: „Die Lady aus dem Paradies" in der Inszenierung von Karl Bocker statt.

Zur Planung und Leitung des Wiederaufbaues der Städtischen Oper Berlin sind der Bühnentechniker Prof. Kurt Hannerblum und der Architekt Friedrich Karl Sommer von Intendant Michael Bohnen verpflichtet worden. In zwei bis drei Jahren soll die Städtische Oper wieder in ihrem Stammhaus in der Bismarckstraße spielen können.

Bei den Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten an der alten Peterskirche in Augsburg wurde am Ostgiebel eine Terrakottafigur aus dem 12. Jahrhundert entdeckt, die einen segnenden Christus darstellt.

Das Awtroga physikalische Observatorium, das jetzt auf der Krim gebaut wird, soll das größte der Sowjetunion werden. Es wird einen Teleskop-Reflektor von 214 cm erhalten.

44 000 Hörer gegenüber 30 000 im zweiten und 17 000 im ersten Trimester des vergangenen Jahres besuchten im ersten Semester dieses Jahres die 25 Berliner Volkshochschulen. Die Arbeiterschaft stellt 20 Prozent, während auf die Angestellten 40 Prozent und auf die geistigen Berufe 16 Prozent entfallen. Der Besuch der Berliner Volkshochschule hat sich gegenüber 1933 fast verfünffacht.

Die Lizenz zur Herausgabe von Büchern und Schriften wurde dem Verlag „Haus Altenberg" von der Militärregierung erteilt. Der Verlag, dessen Geschäftsführung in Düsseldorf ist, veröffentlicht Schriften der katholischen deutschen Jugend.

Einbrecher suchten das Totenzimmer heim, in dem der verstorbene Schauspieler Karl Ettlinger neben seiner Frau aufgebahrt lag, die ihm 24 Stunden später nach Herzkrämpfen in den Tod folgte. Die Diebe schnitten Koffer und Kisten auf, raubten alle vorhandenen Wertgegenstände und zogen selbst Frau Ettlinger die Ringe vom Finger.

Briefe an die NWZ

Warum gibt es keine Bücher?

Der Buchhändler als Mittler zwischen Dichterwort und lesendem Publikum muß seinen Kunden immer wieder mit unendlicher Geduld erklären, warum es nicht möglich ist, heute schon allen Wünschen nach neuen Büchern gerecht zu werden. Und er wirbt bei seinen Kunden um Verständnis dafür, daß die Auflagen in den ersten Jahren klein sein werden. Er erwähnt die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß zwischen den einzelnen Besatzungszonen ein normaler Handel nicht möglich ist, und er begegnet oftmals der Erwiderung: „Aber die Zeitungen berichten doch von Lizenzen und neu herausgekommenen Büchern, besprechen diese und fügen die Notiz hinzu, daß man die Werke nicht beim Verlag, sondern bei seinem Buchhändler beziehen solle."

Und hier ist wohl wirklich ein Wort der Aufklärung am Platze. Die Erteilung der Lizenz ist nicht gleichbedeutend mit dem Anlauf der Produktion. Wo die Militärbehörde einem der bekannten ehemaligen Verlage eine neue Lizenz erteilt, seine kulturfördernde Arbeit und seinen Dienst am Buch wieder aufzunehmen, gibt sie ihm nicht mehr und nicht weniger als die Erlaubnis zur Wirksamkeit. Der Verleger steht nun vor großen Hindernissen. Wie Papier herbeischaffen, wie eine leistungsfähige Druckerei finden, wie eine den millionenfachen Bedürfnissen gerecht werdende Verteilung der geringen Auflage ins Werk setzen?

Dem Sortimentsbuchhändler könnte kein größerer Gefallen geschehen, als daß er für seine Kunden eine genügende Anzahl der in den Zeitungen besprochenen Bücher bekäme. Der Leser darf aber nicht vergessen, daß der Sortimenter heute noch nicht bestellen kann, sondern daß er auf die Zuteilung des Verlags angewiesen ist. Diese Zuteilung beträgt nach langem Schriftwechsel, nach oft persönlicher Fühlungnahme ein paar Stücke, die einen winzigen Bruchteil des Bedarfs ausmachen. Dazu kommt, daß mit der russisch besetzten Zone Deutschlands keine postalischen Möglichkeiten für einen Versand bestehen und daß für uns in Westfalen das Buchhandelszentrum Leipzig vorläufig vollkommen ausfällt. Über Leipzig wickelte sich einmal ein großer Prozentsatz des deutschen Buchhandels ab. Leipzig war der lebenspendende Nervenstrang zwischen Verlagen und Sortimentsbuchhandlungen.

Für den Buchhändler bricht der glücklichste Tag an, wenn er dem Kunden wieder das sein kann, was seine Bestimmung ist: ein guter Mittler zwischen Buch und literaturfreundlichem Publikum.

Hans Luwe, Detmold.

Gab es im Osten überhaupt keine Parteigenossen?

Es ist uns Westdeutschen schon seit langer Zeit aufgefallen, daß Leute, die aus der russischen Zone oder noch weiter aus dem Osten kommen, sich fast zu 100 Prozent nicht mehr erinnern können, ob sie jemals in der Partei oder in Nazi-Organisationen gewesen sind, viele wollen nicht mal wissen, was z. B. die NSV. gewesen ist. Bei ihrem Bemühen, hier im Westen Stellen zu erlangen, geben sie politische Fragebogen ab, die mit lauter „Nein" ausgefüllt sind. Es hat sich infolgedessen schon die Redewendung eingebürgert: „Sind Sie Pg. gewesen oder kommen Sie aus dem Osten? Wir Westdeutschen müssen unsere politischen Karten offenlegen, die Ostdeutschen glauben, munter drauf los lügen zu dürfen in der Annahme, daß ihre Angaben nicht nachzuprüfen sind. Durch diese unsauberen Methoden werden viele Westdeutschen aus Stellung und Brot gebracht, und vielen wird es sehr schwer gemacht, wieder in einen Beruf hineinzukommen, solange es genug Ostdeutsche gibt, die mit solch „sauberen" Fragebogen aufwarten können. Das geht soweit, daß sich jetzt Studierende aus dem Osten auf unsere Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland mit der Erklärung einschmuggeln, daß sie nicht der Hitler-Jugend angehört haben, dabei weiß jeder Deutsche, daß damals unsere Jugend zwangsmäßig dieser Bewegung angeschlossen wurde. Auch ist es wohl allgemein bekannt, daß gerade der Osten die Hochburg des Nazitums gewesen ist. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß seitens aller in Frage kommenden Behörden diesem Unfug ein Riegel vorgeschoben wird. Wir Westdeutschen wollen kein Vorrecht vor den Ostdeutschen, aber ebensowenig können wir es zulassen, daß viele Ostdeutschen es auf Grund unwahrer Angaben fertigbringen, uns gegenüber besser gestellt zu werden. Dr. Knothe, Beckum.

Schädliche und nützliche Vögel

Große Sorge bereitet den Gartenbesitzern das starke Auftreten der Dohlen, und manch einer fragt sich: Was wird erst werden, wenn die räuberischen Vögel ihre jetzt im Nest liegenden Jungen führen? Es sei daher die Bitte an die zuständigen Stellen gerichtet, durch geeignete Maßnahmen dieser Plage Herr zu werden.

Wir haben alle Ursache, nach der hinter uns liegenden schweren Zeit dafür zu sorgen, daß der durch die Kriegseinwirkung stark dezimierte nützliche Vogelbestand, wozu vor allem Meisen, Rotschwänzchen und Fliegenschnäpper zählen, zu hegen und zu pflegen. Das kann geschehen durch vermehrtes Aufhängen von Nisthöhlen und Kurzhaltung aller schädlichen Vögel. Erfreulicherweise ist der Wendehals seit einigen Jahren ziemlich häufig in unserer engeren Umgebung vertreten. Auch der Wendehals ist ein ausgesprochener Höhlenbrüter und Insektenvertilger.

Christian Steinhorst, Siegen.

Nochmals: Autoreifen für Pferdewagen

Der Ansicht von Karl Kasten (Gronau), Nr. 94 der NWZ., daß bei Bauern nicht gebrauchte herumstehende Autoreifen abgegeben werden sollten, kann man nur zustimmen. Anderseits ist es aber durchaus kein Luxus, wenn die Luftgummibereifung bei von Zugtieren gezogenen Fahrzeugen der Landwirtschaft immer mehr Eingang findet. Solche Bereifung in Verbindung mit der Kugel- oder Rollenlagerung der Räder bringt den Ackerwagen erhebliche Vorteile, insbesondere eine Zugkraftersparnis, die bei sandigem Boden bis zu 70 Prozent erreichen kann, wie Zugkraftversuche des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft ergeben haben, die bereits vor etwa 16—18 Jahren auf dem Schlepperprüffeld Bornim bei Potsdam durchgeführt wurden. Da nun bekanntlich der Bauer soviel auf den Wagen lädt, wie die Pferde ziehen, wird er bis zu 70 Prozent mehr laden können, als es bei den alten Holzrädern mit Eisenreifen möglich war.

Voraussetzung muß natürlich sein, daß der Luftgummiwagen auch für die erhöhte Last stark genug und auch sonst für die landwirtschaftlichen Verhältnisse richtig konstruiert ist. So kommt es, daß zum Beispiel bei richtig konstruierten und mit Luftgummibereifung und Rollenlagern versehenen Ackerwagen normalerweise ein Pferd 60 Zentner, zwei Pferde 100 Zentner Nutzlast bei ebenem Boden ziehen. Wenn nun ein Bauer oder eine Gutswirtschaft ganz mit luftgummibereiften Wagen ausgerüstet ist, so kann erfahrungsgemäß im Mittel etwa die halbe Zahl der Pferde eingespart werden, also auch die sonst für diese eingesparte Pferdezahl erforderliche Futtermenge und damit die entsprechende landwirtschaftliche Ackerfläche, die der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht werden kann.

Die Futterfläche, die ein Pferd benötigt, reicht für eine ganze Anzahl Menschen aus. Es kommt deshalb solchen Wagen heute ganz besondere Bedeutung zu und man sollte im Interesse der Volksernährung der Landwirtschaft die Beschaffung solcher Wagen erleichtern und gebrauchte Autoreifen für solche Fahrzeuge bevorzugt freigeben.

Hans Schilling, Siegen.

(Die in der NWZ. veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Die schwierige Ernährungslage Westfalens

Schon bei normalen Ernten mußte Westfalen bei seiner dichten Besiedlung etwa 50 Prozent seines Bedarfs durch Einfuhren decken. Der Einfuhrbedarf im Durchschnitt des letzten Jahrzehnt belief sich beispielsweise bei Getreide auf etwa 400 000 bis 500 000 Tonnen jährlich, Kartoffeln 350 000, Vieh 50 000, Fett 20 000 und Zucker 40 000 Tonnen jährlich. Es war vorauszusehen, das die Ernte 1945 infolge der schon seit Jahren unzureichenden Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdünger weiter absinken würde.

Der Rückgang wurde verschärft durch die Ungunst der Witterung, so daß die Ernte 1945 die schlechteste seit vielen Jahren war. Die Aufbringung aus der eigenen Ernte 1945 betrug etwa 220 000 Tonnen Brotgetreide. Mit Zustimmung der Militärregierung wurde daher für das Erntejahr 1945/46 ein fester Wirtschaftsplan aufgestellt. In diesem war vorgesehen, daß aus der Eigenerzeugung der Provinz monatlich etwa 16 000 Tonnen entnommen und der Restbetrag von monatlich etwa 50 000 Tonnen aus Zuschüssen der Nachbarprovinzen, im wesentlichen aber aus Zufuhren aus dem Auslande gedeckt werden sollte. Die für die Einfuhr in Aussicht genommene Menge konnte jedoch nicht herangeschafft werden. Die Gründe und die damit bedingte Herabsetzung der Brotrationen sind von der Militärregierung ausführlich in Presse und Rundfunk behandelt worden. Sie gehen im wesentlichen auf eine nicht voraussehbare Mißernte in den europäischen und überseeischen Weizenanbaugebieten zurück.

Die kritische Brotgetreideversorgung

Infolge der verschiedensten Umstände trat für Westfalen noch eine schlechte Kartoffelernte ein, die einen ausgesprochenen Kartoffelmangel zur Folge hatte. Rund drei Millionen Versorgungsberechtigte waren etwa vom März/April an nicht mehr mit Kartoffeln versorgt und mußten Ersatz in Brot erhalten. Damit ist praktisch der Anteil des Getreidesektors in der Gesamtversorgung auf etwa 85 Prozent gestiegen. So beträgt daher der Bedarf der Provinz Westfalen an Getreide und Mahlerzeugnissen bei Annahme einer Bevölkerungszahl von rund sechs Millionen Versorgungsberechtigten je Zuteilungsperiode 46 000 Tonnen. Die Frage der Brotgetreideversorgung ist kritisch, sie war aber in der Nord-Rheinprovinz vorübergehend noch weit kritischer. In Übereinstimmung mit der Militärregierung ist mit dem Rheinland ein Übereinkommen dahin getroffen worden, daß bis auf weiteres die Getreideimporte jeweils nach der Bevölkerungszahl gleichmäßig aufgeteilt werden. Diese Regelung erwies sich als zweckmäßig, um Versorgungsschwierigkeiten auch in der Nachbarprovinz solange zu vermeiden, wie es überhaupt möglich ist. Im Sinne dieser Vereinbarung hat Westfalen in der Vorwoche rund 6000 Tonnen Brotgetreide, die in Bremen für unsere Provinz zur Verfügung standen, an das Rheinland abgetreten.

Es muß damit gerechnet werden, daß der Weltgetreidemangel voraussichtlich nicht durch die Ernte eines Jahres, mag diese auch noch so gut ausfallen, völlig beseitigt wird. Es sind daher eine Reihe von Maßnahmen angeordnet und in Durchführung begriffen, die geeignet sind, den Getreideverbrauch für die nächste Zeit in der gesamten britischen Zone wesentlich herabzusetzen. Dazu gehören: Einschränkung der Schweinehaltung, wesentliche Drosselung der Geflügelhaltung, Verminderung des Pferdebestandes.

Fleisch- und Fleischwaren

Der Zuschußbedarf an Fleisch- und Fleischwaren vor dem Zusammenbruch betrug für Westfalen 24 900 Tonnen. Diese Einfuhren sind, abgesehen von gewissen Mengen an dänischem Fleisch und Konserven, fast restlos weggefallen. Der Fleischbedarf bei den augenblicklichen Rationen von 700 Gramm pro Kopf und Zuteilungsperiode beträgt etwa 4300 Tonnen je Zuteilungsperiode, die unmöglich aus eigenen Beständen aufgebracht werden können.

Wie steht es mit Milch und Fett?

Große Sorge bereitet den zuständigen Stellen auch die Milch- und Fettversorgung. So haben die Milchanlieferungen bisher nicht den erwarteten Aufstieg genommen; die Buttererzeugung blieb stark unter dem Soll. Der Grund für den Rückgang ist zu suchen in der Verschlechterung der Futterversorgung infolge der schlechten Ernte beim Futteranbau im Herbst 1945, im verspäteten Weideauftrieb im Frühjahr dieses Jahres und weiter darin, daß die Kühe infolge der Höchstleistungen der letzten Jahre zum größten Teil ausgemolken sind. Jedenfalls ist es trotz aller Anstrengungen nicht geglückt, den für die jetzt laufende Periode erforderlichen Bedarf von 2700 Tonnen zu decken, doch dürfte es, abgesehen von Versorgungsstockungen lokaler Art, Schwierigkeiten in der Butterversorgung nicht geben. Der Bedarf an Margarine beträgt je Zuteilungsperiode 399 Tonnen, an Käse 400 Tonnen. Versorgungsschwierigkeiten sind in diesen Fällen nicht zu erwarten.

Kartoffeln und Gemüse

Die Vorräte an Speisekartoffeln innerhalb Westfalens sind restlos erschöpft. Als Ersatz für die fest zugesagten, aber nicht gelieferten Kartoffeln aus der Provinz Hannover sind von der Militärregierung 50 000 Tonnen Kartoffeln aus England zugesagt worden. Ebenfalls sind für die Versorgung der Bergarbeiterküchen und der Ausländerlager Kartoffelzufuhren aus Bayern in Aussicht gestellt. Ansehnliche Mengen sind bereits geliefert worden, weitere Verladungen sind angekündigt.

Die Gemüseversorgung des westfälischen Gebietes ist ohne Hilfe der Nachbarprovinzen und des Auslandes, vor allem Holland, nicht möglich. Insgesamt wurden jährlich 289 000 Tonnen eingeführt. Feste Zusagen hat das Rheinland gegeben, aber auch aus Weser-Ems, Schleswig-Holstein und Niedersachsen kann mit Zufuhren gerechnet werden. Zum Ausgleich für fehlendes Frischgemüse stehen Gemüsekonserven zur Verfügung, die in erster Linie im Ruhrgebiet und in den Großstädten der Provinz zur Ausgabe gelangen sollen.

Die Zuckerwirtschaft

Vor dem Kriege betrug der Einfuhrbedarf der Provinz Westfalen an Zucker jährlich 65 000 Tonnen. Die Hauptlieferungsgebiete waren Niedersachsen und Sachsen-Anhalt etwa zu gleichen Teilen. Die vorhandenen Vorräte reichen zwar nicht bis zur nächsten Ernte, doch ist zu hoffen, daß sich Mittel und Wege finden lassen, den jetzigen Rationssatz aufrecht zu erhalten.

Günstige Versorgung mit Fisch

Während fast auf allen Ernährungsgebieten eine stetige Verschlechterung der Versorgungslage eintrat, kann hinsichtlich der Fischversorgung erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Fischrationen von Periode zu Periode erhöht werden. Die Rationssätze konnten seit Beginn der markenmäßigen Belieferung von 300 auf 900 Gramm in der jetzt laufenden Zuteilungsperiode erhöht werden. Es besteht Hoffnung, daß die jetzige Ration von 900 Gramm auch weiterhin aufrecht erhalten werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß trotz der ernsten und daher wenig erfreulichen Versorgungslage Hoffnung besteht, die Versorgung im großen und ganzen zu meistern.

Höchstpreise für Ferkel und Läuferschweine werden herabgesetzt

Der Schweinebestand in der britischen Zone muß erheblich verkleinert werden, da alle noch verfügbaren Bestände an Kartoffeln und Getreide ausschließlich der menschlichen Ernährung zu dienen haben. Die Aufzucht von Schweinen wird daher nicht mehr durch eine entsprechende Preisregelung gefordert werden.

Bisher war ein Anreiz zur Ferkelaufzucht durch die erhöhten Festpreise für Saugferkel und Läuferschweine während der Monate Januar bis Juli gegeben. Denn der Höchstpreis für Ferkel bis zu 20 Kilo betrug in der ersten Hälfte jeden Jahres für 0,5 Kilo Lebendgewicht 1,65 RM. in Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen und Niedersachsen, 1,75 RM. in der Nordrheinprovinz. Der Preis für Ferkel im Gewicht von 20,1 bis 35 Kilo betrug 1,40 bis 1,50 RM. je 0,5 Kilo.

Diese Höchstpreise werden jetzt um 20 Rpf. je 0,5 Kilo herabgesetzt, so daß der Höchstpreis für Saugferkel bis zu 20 Kilo Lebendgewicht in Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen und Niedersachsen nun 1,45 RM. und in der Nordrheinprovinz 1,55 RM. je 0,5 Kilo beträgt. Der Höchstpreis für Ferkel im Gewicht von 20,1 bis 35 Kilo beträgt in Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen und Niedersachsen 1,20 RM. und in der Nordrheinprovinz 1,30 RM. je 0,5 Kilo und der Höchstpreis für 35,1 bis 50 Kilo schwere Läufer in allen Gebietsteilen der britischen Zone 1,10 RM. je 0,5 Kilo.

Sport der NWZ

Schalke schlug Hannover 96 mit 6:1

Schalke 04 zeigte in Hannover vor 25 000 Zuschauern besten Fußball. Dieser Kunst war Hannover 96 nicht gewachsen, die Schwächen in der Hintermannschaft der Hannoveraner, die den Knappen vor acht Jahren um die „Deutsche" gegenüberstanden, wurden rücksichtslos aufgedeckt. Bis zur Pause hatten die Gäste bereits einen 3:0-Vorsprung herausgespielt, um mit 6:1 klar zu gewinnen.

Werder Bremen spielte gegen Arminia Hannover und gewann durch ein Selbsttor der Hannoveraner mit 5:4 (3:2).

Weitere Fußballergebnisse vom Sonntag

Westfälische Liga: DSC Hagen — STV Horst-Emscher 6:0, Westfalia Herne — Alemannia Gelsenkirchen 3:0, Union Gelsenkirchen — VfL 48 Bochum 4:2, SpVg Erkenschwick — Arminia Bielefeld 1:1, Preußen Münster — SpVg Herten 2:2, Borussia Dortmund — Arminia Marten 2:2.

Bezirksklasse Gelsenkirchen: Gelsenkirchen 07 — Buer 07 3:1, Erle 08 — Rotthausen 12 7:0, Heßler — Resse 08 2:0, Schwarz-Gelb Gladbeck — Sportfreunde Gladbeck 1:3, Hansa Scholven — SC Hassel 1:2, Rhenania Bottrop — Fortuna Bottrop 1:2, Preußen Gladbeck — SV Zweckel 8:0, VfB Bottrop — Hamborn 07 2:3.

Bezirksklasse Recklinghausen: Südstern Herten — Victoria Westerholt 2:1, Union Recklinghausen — Westfalia Scherlebeck 1:2, Blau-Weiß Langenbochum — SuS Hüls 1:3, VfL Suderwich — Germania Datteln 2:1, VfL Drewer — SV Marl 0:3.

Bezirksklasse Münster: Münster 08 — Saxonia Münster 5:1, Vorwärts Gronau — Rheine 09 5:2, BV Rheine — Gronau 09 10:0, SpVg Emsdetten — Spgm Dülmen 4:2, Sparta Nordhorn — Borussia Rheine 3:2, Reichsbahn Münster — Greven 09 2:11, Beckum — Neuhaus 3:1, Westfalia Ahlen — SC Oelde 3:1 (abgebrochen).

Adresse des Zonen-Sportrats

Die Adresse des vorläufigen Zonen-Sportrats befindet sich bis auf weiteres bei der Regierung in Arnsberg. Die Anschrift: Zonen-Sportrat der britischen Zone, Geschäftsstelle Regierungsgebäude Arnsberg.

Polizei wieder Hamburger Handballmeister

Hamburgs mehrfach er Handballmeister Polizei sicherte sich in der ersten Meisterschaft nach Kriegsende erneut den Titel. Ausschlaggebend war der 6:3-Sieg über den alten Widersacher Oberalter. Es ist nicht anzunehmen, daß die Ordnungshüter ihre beiden noch ausstehenden Spiele gegen leichte Gegner noch verlieren werden.

Kreitz schlug Wallner nach Punkten

Berlins Hauptkampf der Berufsboxer brachte das Zusammentreffen der beiden gegen Witt unterlegenen Kreitz und Wallner. In einem ziemlich farblosen Gefecht mußte sich der Aachener mit einem Punktsieg begnügen. Jakob Schönrath wurde von dem Berliner Schwergewichtler Drägestein ebenfalls nach Punkten besiegt.

Neusel verteidigt seinen Titel gegen Ten Hoff

Die deutsche Boxmeisterschaft im Schwergewicht, die Walter Neusel zu verteidigen hat, soll noch in diesem Jahr in Hamburg zum Austrag kommen. Herausforderer ist Hein Ten Hoff, der Neusel Anfang August auf dem HSV.-Sportplatz als Gegner haben dürfte.

Mauriello schlägt Woodcock k. o.

Der englische Schwergewichtsmeister Bruce Woodcock wurde im Madison Square Garden von dem amerikanischen Schwergewichtler Tami Mauriello in der 5. Runde k. o. geschlagen.

Mauriello trifft nun auf den Sieger des am 17. Juni in Neuyork stattfindenden Kampfes zwischen Weltmeister Louis und seinem Herausforderer Conn.

Cecilia Colledge wieder Meisterin

Bei den englischen Eiskunstlaufmeisterschaften verteidigte die Weltmeisterin Cecilia Colledge ihren Titel erfolgreich gegen 14 Bewerberinnen. Graham Sharpe wurde wieder Titelträger der Männer. Er hat den Titel seit zwölf Jahren inne.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Militärregierung Provinz Westfalen Eisen- und Stahlkontrolle

1. Unter dem Eisenschein-Kontrollsystem für Eisen und Stahl werden für Fertigfabrikate keine Eisenscheine angefordert. Die Liste der Materialien, die Eisenscheine erfordern, ist klar ausgestellt im Anhang 1 der „Anordnungen des Verwaltungsamtes für Stahl und Eisen", betreffend die Rationierung von Eisen und Stahl, zusammen mit den auszuführenden Anordnungen und Erläuterungen der V. S. E.
2. Die Gewohnheit der Fabrikanten, Eisenscheine für Fertigfabrikate und Materialien anzufordern, die nicht unter der Eisenscheinkontrolle stehen, ist höchst regelwidrig und ist einzustellen.
3. Die Forderung von Eisenscheinen entgegen der Anordnung in Abschnitt 2 (oben) wird als Verstoß gegen Befehle der Militärregierung angesehen, und Zuwiderhandelnde werden dementsprechend bestraft.

Auf Anordnung der Militärregierung.

Amtsgericht Borken. HR. A. 253. Wwe. August Schweers, Ziegelei, Borken (Westf.), Geschäftsinhaber ist Wwe. des Baumeisters August Schweers, Katharina geb. Verhoeven, Borken (Westf.). Dem Bauingenieur Hans Schweers in Borken ist Prokura erteilt.

Familienanzeigen

VERMÄHLUNGEN

Heinz Bettenhausen, Rosa Bettenhausen geb. Föcker, Velen, Hauptstr. 43, den 21. Mai 1946.

Karl Manske, Maria Manske verw. Looks geb. Büks. Rhede, 22. 5. 46.

Franz-Josef Schulze-Schleithoff, Julia Schulze-Schleithoff geb. Schulze-Holthausen, Havixbeck u. Holthausen b. Ramsdorf, den 15. Mai 1946.

Josef Meckelholt, Elisabeth Meckelholt geb. Vohle. Bocholt, Feldstr. 22, Beckum üb. Fröndenberg, 21. 5. 46.

Josef Tomkowiak, Hedwig Tomkowiak geb. Schroer, Borken, Weseler Landstraße 54, den 22. Mai 1946.

Geschäftsanzeigen

Habe meine Praxis wieder eröffnet. Heinz Bock, Dentist, Raesfeld.

Zahnärztel Kautschuk-Küvetten und Bügel aus Leichtmetall kurzfristig lieferbar. Anfragen an den zuständigen Alleinvertreter Ferd. Wolfram, München 13, Amalienstr. 38/I.

Arztel Neuer Arztkoffer aus Dural (Tropenkoffer) zur Verwendung für jeden Arzt geeignet, kurzfristig lieferbar. Anfragen an den zuständigen Alleinvertreter Ferd. Wolfram, München 13, Amalienstr. 38/I.

Lebensmittelgeschäft Josef Lienkamp, früher Bocholt, Bärendorferstr. 10, jetzt An der alten Aa 12. Wiedereröffnung am 24. Mai 1946.

Felle von Fohlen, Kälbern, Zickeln, Lämmern, sowie sämtl. Wildfelle kauft zu höchsten Preisen E. Heissen, Kürschnermstr., Bocholt, Ravardistr. 8, Eingang Gartenstr.

Herrenanzüge und Mäntel werden zur Reinigung angenommen. Hermann Hüfing, sen., Bocholt, Yorkstr. 42, u. Hermann Hüfing jun., Mussum 193, Nähe Witzen.

Die Geschäftsstelle der Berufskrankenkasse der Behörden- u. Büroangest., Ersatzkasse Borken i. W., wird jetzt von dem Bk. Wilhelm Thelen, Borken i. W., Gemener Str. 20, verwaltet. Konto Nr. 2460 Kreis- und Stadtsparkasse Borken i. W., Postscheckkonto Dortmund 20 600.

Kreissparkasse Bocholt. Unsere Geschäftsräume befinden sich ab jetzt im Hause Bismarckstr. 12, etwa in der Mitte zwischen Reichsbank und Aabrücke.

Achtung, Rundfunkhörer! Kaufe jeden Posten neue und gebrauchte Rundfunkröhren, wenn der Heizfaden n. durchgebrannt ist, ferner Material u. Teile für Rundfunk- u. Schallplattenwiedergabe. Sie erhalten nach Vereinbarung eine brauchbare Röhre. A. Beuker, Rundfunkmechanikermeister, Bocholt, demnächst Nordwall 4, z. Z. Biemenhorst 151 b. Rengeling.

Gelegenheitsanzeigen

Einkäufer (selbst. Handelsvertreter) f. Bindfäden (Garn u. Kordel), mögl. mit Fahrz. u. Schreibmasch. von e. Umschulungsunternehmen f. Kriegsopfer ges. Hohe Vergütung. Es werden neuartige Taschen hergestellt. Zentrale f. Westfalen i. Aufbau. BB 2630 NWZ. Oelde.

Sprechstundenhilfe für kinderärztliche Praxis ges. Schriftl. Bewerbungen an Dr. Paschert, Bocholt, Ostwall 115.

Mädchen für kl. Landwirtschaft und Haushalt ges. Melis, Ramsdorf, Ostendorf 45.

Älteres, saub. Mädchen für Haus und Küche sofort ges. Näh. Rademacher, Rhede.

Mädchen, 16—18 J., das melken kann, für Landwirtschaft nach Raesfeld ges. Bernh. Kolks, Altrhede 107.

Jüng. Halbtagsmädchen sofort ges. Frau Kipp, Borken, Raesfelder Str. 17.

Für frauenlos., landwirtsch. Haushalt wird zuv., ehrl. und selbst. Haushälterin sofort ges. Bauerntochter bevorzugt. Näh. NWZ. Borken.

Kräftiger Junge, 16 J., sucht Stelle Metzgerlehrling. Näh. Nienhaus, Heiden.

Wo findet jg., led. Friseur pass. Existenz, evtl. mit Wohnung. NB 445 NWZ. Borken.

Junger Friseur sucht pass. Stelle. NB 444 NWZ. Borken.

Suche jg. Mann zum Austragen der Milch. Lohn und volle Kost. NB 467 NWZ Borken.

Kontorist, 31 J., verh., aus Schlesien, Geschäftsführer einer Kraftfahrzeugreparaturwerkst., perfekt im Ein- u. Verkauf, Lagerverw., Organis., Buchhaltung, mit Führersch. 1, 2 und 3 sowie Omnibusführerschein sucht pass. und verantw. Wirkungskreis. Ort und Branche gleich. NB 453 NWZ. Borken.

Junger Molkereigehilfe sucht sofort Dauerstellung, wo Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben ist. Kost u. Wohnung erw. NB 461 NWZ. Borken.

Kraftfahrer, Schlesier, 31 J., verh., Führerscheine Kl. 1, 2 und 3 sowie Omnibusführersch., mit allen Typen vertraut, da lange in der Kraftfahrzeugbranche tätig, umfangreiche Verwaltungskenntn., sucht pass. und verantw. Wirkungskreis, evtl. als Beifahrer. NB 452 NWZ. Borken.

Volontärverwalter (mögl. Bauernsohn) für 150 Morgen sofort zu meiner Unterstützung ges. Reuter, Gut Rodehorst, Wertherbruch Kr. Rees.

Led. Landwirtssohn, 40 J., kath., sucht Stelle auf mittl. Hof als Verwalter. Näh. NWZ. Borken.

Erfahr., bilanzsicherer Buchhalter und flotter Korrespondent, selbst. Arbeiter, polit. unbelast., sucht geeignete Stellung. NB 455 NWZ. Borken.

Kontoristin, 7 Jahre berufstätig, sucht Stelle als Stenotypistin. Engl. Sprachkenntn. vorhanden. N 448 NWZ. Bocholt.

Suche für meine 15jähr. Tochter Stelle in der Landwirtschaft, mögl. Lowick od. Holwick. Schmeling, Lowick 120, r. d. Aa.

Mädchen vom Lande s. Stelle in landwirtschaftlichem Haushalt. N 449 NWZ. Bocholt.

Suche Stelle als Haushälterin auf Bauernhof H. Seidenfaden, Bocholt, Jerichoer Straße 20.

Erf. Mädchen vom Lande sucht zum Herbst Stelle als Haushälterin. Näh. NWZ. Borken.

Baufirma s. in Bocholt od. näh. Umg. zerstörten Besitz zwecks Wiederaufbau. N 442 NWZ. Bocholt.

Suche Grundstück f. Arztpraxis und Wohnung, beb od. unbebaut, im Stadtkern od. eng Umkreis an od. nahe belebter Straße Erfolgr. Vermittlungsangebot geg. Entgelt. N 394 NWZ. Bocholt.

Erf., langj. Maschinen-Schlossermeister, Rep.-Fachmann, Meisterpr., sucht Schlosserei, Rep.-Werkstatt, Eisenwarenhandl. zu kaufen, pachten, od. tät. Beteil. Beteil. an Baustoffherstellung auch erw. DD 786 NWZ. Dülmen.

Kleinen PKW., mit od. ohne Bereifg., zu kauf. od. gegen Wertgegenstände zu tauschen ges. BB 4014 NWZ. Oelde.

Kl. Hand- oder elektr. Sirene dringend zu kaufen ges. Näh. NWZ. Borken.

Brautschleier mit Kränzchen gegen Stoff. Näh. Rademacher, Rhede.

Schieb- od. Handwagen zu verkaufen. Daselbst junges Schaf zu kauf. ges. Bernhard Kleinpaß, Barlo 41.

Möbl. Schlafzimmer zu verm. Näh. Rademacher, Rhede.

Möbliertes, wohnliches Zimmer für ältere Dame ges. Heissen, Bocholt, Ravardistr. 8, Eingang Gartenstr.

Alleinstehender Herr sucht leeres Zimmer in Bocholt od. Umgebung Bocholt, Werderstr. 22.

Angestellte s. Wohn- u. Schlafzimmer m. Kochgelegenheit in Bocholt od. näh. Umgeb. N 443 NWZ. Bocholt.

Witwe, 55 J., geb., vermög., alleinst., wünscht, da hier fremd, rüst., pass. Lebensgefährten (55—60 J.) NB 469 NWZ, Borken.

Jg., nettes, ev. Mädchen, 21 J., wünscht Bekanntschaft mit nettem, jg. Mann von 24—30 J. zwecks spät. Heirat. Bildzuschr. NB 463 NWZ. Borken.

31jähr. Mann, kath., sucht Bekanntsch. einer Dame von 25—35 J., evtl. Wwe. Nur ernstgem. Zuschriften unt. N 444 NWZ., Bocholt.

Witwer, 45 J., drei Kinder (10, 8, 6 J.), s. die Bekanntschaft eines kath., häusl. Mädchens o. einer Witwe ohne Anhang (35—45 J.), die den Kindern die Mutter ersetzt zwecks Heirat. N 450 NWZ. Bocholt.

Der erkannte Bauer aus Rhedebrügge wird aufgefordert, die Holzkette und zwei Ziehketten abzugeben, andernfalls Anzeige erstattet wird. Bernh. Stenkamp, Rhedebrügge 27.

Goldener Trauring (333, gez. M. U. R. Sch. 24. 7. 1940) auf d. Heideweg verl. (Andenken a. Gefallenen). Gegen 50 RM. Belohnung b. Ueffing, Bocholt, Blücherstr. 120, abzugeben.

Damenarmbanduhr am 26. od. 27. 4. auf dem Wege Damschkestr. — Burloer Str. (Feldweg) verloren. Güte Bel. Borken, Damschkestr. 53.

Damenarmbanduhr am 12. 5. Borken, Bürloer Str., zw. Löwolt u. Möllenkamp verloren. Belohnung. Gaststt. Möllenkamp, Gemenwirthe.

Knirps am 3. 5. 46 im Lunapark auf der Bank liegengeblieben. Die erk. Person, die dens. an sich nahm, wird aufgefordert, ihn in der Geschäftsstelle NWZ., Borken abzugeben.

Aus dem Keller meines Hauses, Bahnhofstr. 3, sind nach dem Bombenangriff außer den Regalen An.richte, Tisch, Mahagoni-Kommode, Singer-Nähmaschine etc. gestohlen worden. Für Nachweis der Sachen zahle ich hohe Belohnung. Kornbusch, Bocholt, Bismarckstr. 13.

Dunkelbl. Mantel, Gr. 44, am 12. 5. an der Bocholter Str. (Nähe Pröbsting) gef. Bernhard Wellkamp-Spöler, Hoxfeld 8.

Wer kann Oberschülerin von Kl. 4 bei den Schulaufgaben helfen. NB 468 NWZ. Borken.

Für Oberschülerin von Kl. 4 wird Nachhilfe in Latein, Engl. und Mathematik ges. NB 467 NWZ. Borken.

Wer erteilt Unterricht in Stenographie und Schreibmaschine. Näh. NWZ. Borken.

Tauschanzeigen

Der zuerst genannte Gegenstand wird angeboten.

Fast neue Lederaktentasche gegen buntes Kleid od. bunt Stoff. Bocholt, Eintrachtstr. 14.

Weißes Kommunionkleid gegen bunt. Kleiderstoff. Mussum 193, Nähe Witzen.

Schafsbock (Jährling) gegen junges Lamm od. Bock. Heinrich Enck, Liedern.

Große Kinderbettstelle mit Matratze, Oberbett u. Kissen, gegen Damen- od. Herrenfahrrad. Welkamp, Bocholt, Potsdamstr. 39.

Geige geg. Fußballschuhe (38) oder Fußball. Hans Eich, Bocholt, Scharnhorststraße 10.

Braune Knabenhalbschuhe (39) gegen Herrenhalbschuhe (41). H. Döing, Bocholt, Moltkestr. 47.

Langenscheidt-Wörterbuch, Deutsch-Englisch u. Englisch-Deutsch gegen gute Herrenschuhe (41—42). Benning, Bocholt, Stenerner Str. 8.

Schwere Kaltblutstute geg. Warmblut. Wwe. Wilh. Nienhaus Büngern 35.

Geräumig. Arbeiterwohnhaus in Stadtmitte, Eigentum, mit kl. Garten, gegen kl. Wohnhaus mit großem Garten; wenn auch außerhalb der Stadt. N 447 NWZ. Bocholt.

Guterhalt. Kinderbett gegen Matratze (Wertausgl.) N 446 NWZ. Bocholt.

1jähr. Rind gegen 1jähr. schwarzbunten Bullen, Dörters, Liedern, Eisenhütte.

Fast neuer Silberfuchs gegen Radio. Bocholt, Leopoldstr. 19.

Fast neuer Wäschewringer geg. einige Bettücher, u. guterhalt. Tüllkleid gegen guterhalt. Kinderwagen. Buschmann, Mussum 99.

Schafe gegen Heu od. Heugras. N 445 NWZ. Bocholt.

Gutgehaltener gr. Ausziehtisch gegen guten Manteltopf für Wäsche, ca. 100 bis 150 Liter Inhalt. Bocholt, Poststraße 9.

Handkarre für Möbeltransport gegen Möbel. Näh. Rademacher, Rhede.

Zwei Autoreifen, 500/16, mit Achse, gegen Akkordeon (48—80 Bässe). Näh. Rademacher, Rhede.

Elektr. Heizplatte gegen gute Damenschuhe, Gr. 39. Näh. Rademacher, Rhede.

Guterh. Kochherd gegen gutes Damenfahrrad. Näh. Dautzenberg, Weseke.

Guter Kleiderschrank gegen Leichtmotorrad. Näh. NWZ. Borken.

Chaiselongue gegen Zimmerteppich. Näh. NWZ, Borken.

Kinderwagen gegen Kinderbekleidung. Näh. NWZ. Borken.

Neues Kostüm gegen Damenunterwäsche. Frau Liesel Schnittker, Holthausen bei Ramsdorf.

Gute Reiseschreibmaschine gegen Küchen- oder Schlafzimmereinrichtung. Näh. NWZ. Borken.

Aktentasche gegen Haushalts- oder Küchenwaage. Borken, Vennestr. 9, viermal schellen.

Gold. Damenarmbanduhr oder Koffergrammophon mit 40 Platten gegen gutes Damenfahrrad. Waldeck, Coesfeld, Billerbecker Str. 5.

Neuw. Dauerbrandofen oder Gasbadeofen oder gr. Polstersessel gegen gt. Küchenherd. Waldeck, Coesfeld, Billerbecker Str. 5.

Suchdienst! Anzeigen nur für nächste Angehörige, was bei Aufgabe nachzuweisen ist. Es werden nur Name des Gesuchten und seine letzte Adresse veröffentlicht

(CL 204) Obergefr. Rudolf Delpenbrock, Fp.-Nr. 17 048, 8. 1. 1945 Sandomir (Polen).

(CL 208) Frau Charlotte Engelhardt geb. Knoll u. Söhnchen Karl-Heinz, wohnhaft Königsberg (Pr.), Heidemannstr. 18.

(BB 3999) Emil Niggemeier, Fp.-Nr. 20 446, offene Anschrift: Nachschub-Batl. 546.

(CL 205) Wachtmstr. Joseph Delpenbrock, Fp.Nr. 47 859 B, verm. am 15. 9. 44 bei Orandu ostw. Walk (Estland).

(CL 201) Obergefr. Alfons Balster, Fp.-Nr. 02 693 Stalingrad.

(CL 200) Gren. Anton Franzen, Fp.-Nr. 14 065, verm. Sewastopol (Krim).

(CL 199) Gefr. Franz Düpmann, Fp.-Nr. 08 940 C, verm. Nähe Lublin.

(CL 197) Gefr. Günther Schmidt, Fp.-Nr. 10 864 D, verm. 20. 7. 44 bei Kamionka nördlich Lemberg, soll Hauptlazarett Kiew sein.

(DC 785) Obergefr. Jos. Niehues, Fp.-Nr. 31 654 B, zul. im Durchgangslager Dorsten, Gefr. Heinr. Niehues, Fp.-Nr. 16 897, verm. Mittelabschnitt Osten (Orscha oder Minsk), letzte Nachr. 25. 6. 1944.

(DC 792) Gefr. Paul Winkelmann, Liegnitz, Flakkaserne, Fp.-Nr. 24 944 P, letzte Post 3. 2. 1945.

(DC 791) Obergefr. Otto Lindemann aus Hamburg-Wilhelmsburg, Eichenallee 116 (soll bei den Absatzbew. auf der Krim gef. sein).

(NB 275) Kamerad Lindenau und Ang. der Fp.-Nr. 21 081 E.

(NB 276) Feldw. Gustav Hartung, Fliegerhorst Pütnitz und Damgarten (Pomm.) und Frau Emmi Hartung mit Töchterchen Ingrid, zul. Pütnitz.

(NB 278) Kan. Walter Ludwig, Nachr.-Battr., leichte Art., Ausb.-Abt. 8, Delitzsch (Elbe).

(NB 277) Gefr. Heinrich Kaiser, Fp.-Nr. 17 789 C.

(NB 279) Frau Hedwig Schmidt mit Tochter Margot und Hildegard Buhl mit Kindern, letzter Wohnort Skitahl Kr. Podersam (Sudetengau).

(NB 285) Obergefr. Heinrich Biel, zul. Lazarett Iglau (Sudetengau).

(NB 284) Obergefr. Bernhard Jakob, Fp.-Nr. 07 920, Juni 1944 in Galizien.

(NB 283) Obergefr. Aloys Sühling, Fp.-Nr. 17 825, Januar 1945 in Ungarn.

(NB 286) Oberschirrm. Hans Jöchen Tschöke, Fp.-Nr. 33 132 F, letzte Nachr. 9. 5. 1945 aus Bessarabien.

(NB 287) Edith Gottwald und Kinder Werner, Ilse, Karin, Gabriele, zul. Neumarkt (Schl.).

(NB 270) Uffz. Paul Grömping, Fp.-Nr. 11 816, letzte Nachr. 4. 1. 1943 aus Stalingrad.

(CL 209) Gefr. Carl Bohle, am 12. 1. 1944 verm. bei der Einheit Fp.-Nr. 31 724 D.

(BB 3999) Emil Niggemeier, Fp.-Nr. 20 446, offene Anschrift: Nachschub-Batl. 546.

(BW 298) Obergefr. Willi Becker, Fp.-Nr. M 06 526 F Marinepostamt Wien (Italien).

(BW 297) Gren. Heinz Becker Einheit Harskamp (Holland).

(BW 296) Stabsgefr. Heinr. Driftschröer, Fp.-Nr. 21 199 E, B/Slobin, letzte Nachr. v. 6. 6. 44.

(BW 295) Sold. Fe.d. Wörenkötter, Fp.-Nr. 13 973, verm. im Brodykessel (Galizien) am 22. Juli 1944.

(BW 294) Matr.-Gefr. Wilhelm Gösling, Fp.-Nr. 20 583 Postamt Berlin.

(BW 1348) Obergefr. Alfons Sudbrock, Fp.-Nr. 64 083 B, letzte Nachr. vom 4. 2. 1945 Slowakei.

(BW 1343) Gefr. Bernh. Vogelsang, Fp.-Nr. 14 012 B, verm. seit 27. 9. 1943 im Raum Charkow—Krementschug.

(BW 1357) Oberltn. Walter Barth, Fp.-Nr. L 50 699, Lppa Unna.

(BW 1356) Fallschirmjäger Jos. Nickel, Gargelegen, 6. Ausb.-Komp., z. b. V. Fallschirmarmee.

(BW 1352) Oberl. Wilhelm Arnke, Fp.-Nr. 20 855, Osterode (Ostpr.), letzte Nachr. v. 16. 1. 1945 aus Bromberg.

(BB 3978) Masch.-Obergefr. Waldemar Krause, 1/3 U. S. D. Neustadt (Holstein), letzte Nachr. v. 25. 2. 45.

(BW 1346) Kurt Ortlieb, Fp.-Nr. 06 585 A, letzte Nachr. Januar 1945 aus Norwegen.

(BW 1342) Bauing. Werner Koschate, OT., Fp.-Nr. 39 545, letzte Nachricht August 1944 aus Breslau.

(BW 1349) Obergefr. Josef Harlinghausen, Fp.-Nr. 12 762 E, letzte Nachricht vom 21. 8. 1944 Rumänien (Jassy).

TODESFÄLLE

Heinrich Blesenkämper

Obergefr., fiel am 4. 3. 1945 bei Trier im Alter von 31 Jahren. Um ein stilles Gedenken bitten in tiefer Trauer: Wwe. Johann Blesenkämper, Grütlohn 21, Seelenamt am 25. Mai 1946, 8 Uhr in St. Johannes, Borken.

Thea Holtmann

unsere herzensgute, einzige Tochter und Schwester, meine liebe Enkelin, starb am 5. 5. 1946 nach langer Krankheit, 20 Jahre alt, versehen mit den hl. Sterbesakramenten. Familie Bernhard Holtmann, Dülmen, Lüdinghauser Str. 166.